



**LANDESPARTEITAG DER SPD BRANDENBURG
AM 28. NOVEMBER 2015 IN POTSDAM**

BESCHLUSSBUCH

**Alle Anträge und Beschlüsse
auch online unter: <http://parteitag.spd-brandenburg.de>**

Inhaltsverzeichnis

Leitanträge	5
01/1/2015 Brandenburg zusammenhalten. Kein Land der zwei Geschwindigkeiten. <i>Annahme mit Änderungen</i>	Landesvorstand 5
Funktional- und Verwaltungsstrukturreform	11
04/1/2015 Funktionalreform <i>Annahme</i>	SPD-Ortsverein Perleberg 11
08/1/2015 Stärkung der Selbstverwaltung <i>Annahme</i>	SPD-Unterbezirk Prignitz 12
Integrations- und Flüchtlingspolitik	12
09/1/2015 Für eine europäische Flüchtlingspolitik <i>Annahme</i>	SPD-Unterbezirk Potsdam, SPD-Ortsverein Babelsberg 12
10/1/2015 Nachhaltig nutzbare Flüchtlingsunterkünfte schaffen <i>Annahme</i>	SPD-Unterbezirk Potsdam, SPD-Ortsverein Babelsberg 12
11/1/2015 Ausweitung von Sprachlernangeboten für Geflüchtete <i>Annahme</i>	SPD-Unterbezirk Potsdam, SPD-Ortsverein Babelsberg 13
12/1/2015 Erstattung der Kosten für die Unterbringung, Betreuung sowie der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an die Kommunalen Träger dieser Aufgaben in Brandenburg <i>Überweisung an: Landtagsfraktion, Landesvorstand</i>	SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald 14
13/1/2015 Flüchtlingspolitik <i>Annahme</i>	SPD-Ortsverein Frankfurt (Oder)-Nord 15
15/1/2015 Für menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte <i>Annahme</i>	Jusos Brandenburg 15
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik	17
19/1/2015 Alleinerziehende besser unterstützen! <i>Annahme</i>	ASF-Landesvorstand Brandenburg 17
Bildungs- und Wissenschaftspolitik	17
20/1/2015 Kita-Betreuungszeiten nicht wegen Geburt eines Geschwisterkindes kürzen <i>Annahme</i>	SPD-Unterbezirk Havelland 17

21/1/2015	Jusos Brandenburg	
Der Anspruch auf Kindertagesbetreuung muss für alle Kinder gleich und darf nicht abhängig vom Elternhaus sein!		
<i>Annahme</i>		18
22/1/2015	Jusos Brandenburg	
Übergangsregelung für Hort und Ferienbetreuung für geistig und körperlich behinderte Kinder in Brandenburg schaffen		
<i>Annahme</i>		18
23/1/2015	SPD-Unterbezirk Oberhavel	
Klassenfrequenzen an Oberstufenzentren flexibler gestalten		
<i>Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand</i>		19
24/1/2015	SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen	
Schulsozialarbeit in Brandenburg rechtlich sichern		
<i>Überweisung an: Landesvorstand</i>		19
25/1/2015	SPD-Landesvorstand, Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, AfB Brandenburg, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, SPD-Ortsverein Zeuthen	
Medienbildung prüfungsrelevanten Bestandteil der Lehrerinnen- und Lehrerprüfungen werden lassen		
<i>Annahme</i>		19
27/1/2015	Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, Unterbezirk Dahme-Spreewald, Arbeitsgemeinschaft für Bildung, Ortsverein Zeuthen	
Medienbildung als Erziehungs- und Bildungsauftrag		
<i>Annahme</i>		20
Digitale Gesellschaft		20
28/1/2015	SPD-Landesvorstand, Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Ortsverein Babelsberg	
Auf- und Ausbau freier Daten-Funknetze		
<i>Annahme</i>		20
29/1/2015	Arbeitskreis Digitale Gesellschaft	
Schulen beim Breitbandausbau berücksichtigen		
<i>Annahme</i>		20
30/1/2015	Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, AfB Brandenburg, SPD-Ortsverein Zeuthen	
Konkrete Maßnahmen für den Aufbau regionaler Netzwerkstrukturen für Medienkompetenz		
<i>Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand</i>		21
31/1/2015	Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, AfB Brandenburg, SPD-Ortsverein Zeuthen	
Landeskonzeption „Stärkung der Medienkompetenz“ – Entwicklung einer Umsetzungs-, Evaluations- und Finanzierungsplanung		
<i>Annahme</i>		21
32/1/2015	Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Ortsverein Babelsberg	
Entwicklung eines Open-Data-Konzeptes		
<i>Annahme</i>		22
33/1/2015	Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Ortsverein Babelsberg	
Prognosesoftware „precobs“ nicht einführen		
<i>Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand</i>		22

Infrastruktur	22
37/I/2015	Jusos Brandenburg, Arbeitskreis Verkehr
Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbewerb auf Straße und Schiene	
<i>Annahme</i>	22
38/I/2015	SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen, SPD-Ortsverein Bestensee, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, Jusos Brandenburg
E-Mobilität fördern – Für eine Strategie „Elektromobilität in Brandenburg“	
<i>Annahme</i>	24
Energiepolitik	24
41/I/2015	Jusos Brandenburg
Energiewende voranbringen – Entwicklung der Speichertechnologien in Brandenburg fördern	
<i>Annahme</i>	24
43/I/2015	SPD-Unterbezirk Oberspreewald-Lausitz
Braunkohleverstromung als Brückentechnologie	
<i>Annahme</i>	25
Verbraucherschutz	26
45/I/2015	SPD-Unterbezirk Potsdam
Umfassendes Kennzeichnungssystem über Herkunft von Fleisch	
<i>Annahme</i>	26
46/I/2015	SPD-Ortsverein Fahrland, SPD-Unterbezirk Potsdam
Verbraucherschutz für Brandenburger Bürgerinnen und Bürger im Online-Handel stärken	
<i>Annahme</i>	26
Weitere Themen	27
47/I/2015	SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen, SPD-Ortsverein Bestensee, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald
Wahlverfahren modernisieren – Wahlbeteiligung steigern – mehr Demokratie wagen!	
<i>Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand</i>	27
50/I/2015	ASF-Landesvorstand Brandenburg
Sexistische Werbung verbieten	
<i>Überweisung an: ASJ, Landesvorstand</i>	27
Organisationspolitik	28
54/I/2015	Jusos Brandenburg
Weil Morgen wieder Advent ist – Qualifizierte Mehrheit zum Parteitagabbruch – Parteitage besser planen	
<i>Annahme in der Fassung der Antragskommission</i>	28
55/I/2015	SPD-Unterbezirk Potsdam
Jede Person ist besonders. Dafür ist sie zu achten.	
<i>Überweisung an: Landesvorstand</i>	29
56/I/2015	ASF-Landesvorstand Brandenburg
Jede Person ist besonders. Dafür ist sie zu achten. Für die Entwicklung eines Selbstverständnisses einer Kultur des Respekts und der Akzeptanz	
<i>Überweisung an: Landesvorstand</i>	29

58/I/2015 **Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Brandenburg, Jusos Brandenburg, Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule Brandenburg**

SPD als Inklusionspartei etablieren

Überweisung an: Landesvorstand 31

Initiativanträge **33**

Ini01/I/2015

Landesvorstand

Starkes Land mit klaren Regeln. Wie die Integration von Flüchtlingen gelingen kann.

Anahme mit Änderungen 33

Leitanträge

1 01/1/2015

2 Landesvorstand

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5

6 **Brandenburg zusammenhalten. Kein Land der zwei**
7 **Geschwindigkeiten.**

8 **Unser Land Brandenburg feierte in diesem Jahr den 25**
9 **Geburtstag seiner Neugründung nach der Deutschen**
10 **Einheit. Es gab gute Gründe zu feiern und auf das Er-**
11 **reichte zurückzublicken. Die Brandenburgerinnen und**
12 **Brandenburger haben in diesen 25 Jahren ungeheuer**
13 **viel geleistet und können darauf stolz sein.**

14

15 Noch nicht verblasst ist die Erinnerung an die ersten
16 15 Jahre nach der Wende, die Betriebsschließungen in
17 Stadt und Land und das Wegbrechen ganzer Industrie-
18 zweige. Es gab keine Familie in Brandenburg, die nicht
19 von Arbeitslosigkeit betroffen war. Oft stand Hoffnung
20 und Zukunftsvertrauen auf dem Spiel.

21

22 **25 Jahre Brandenburg – Mut und Tatkraft führten zum**
23 **Erfolg**

24

25 Heute sagen fast alle Brandenburgerinnen und Bran-
26 denburger: „Wir leben gerne hier!“. Vieles wurde seit-
27 dem erreicht. Durch Mut, Tatkraft, Gestaltungswillen
28 und den starken Zusammenhalt unserer Bürgerinnen
29 und Bürger, der Unternehmerinnen und Unternehmer
30 und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den
31 Regionen ist unser Land eine gute, sichere und intakte
32 Heimat geworden.

33

34 • Die Arbeitslosigkeit konnte mehr als halbiert wer-
35 den. Zahlreiche neue Industriebetriebe mit wettbe-
36 werbsfähigen Arbeitsplätzen sind entstanden. Der
37 Mindestlohn ist durchgesetzt, Wachstumskerne
38 und Zukunftsarbeitsplätze werden gezielt geför-
39 dert.

40

41 • Unsere Gesellschaft hält zusammen. Zehntausen-
42 de Bürgerinnen und Bürger sind ehrenamtlich aktiv
43 und füreinander da. Sie wirken in den Feuerwehren
44 und Hilfsorganisationen, in Sportvereinen und
45 vielfältigen Initiativen – auch gegen Fremdenhass
46 und rechte Rattenfänger.

Annahme mit Änderungen

- 1
- 2 • Alle Kinder werden überall im Land gut betreut,
3 ausgebildet und gefördert, keiner wird zurückge-
4 lassen. Die Netzwerke Gesundheit funktionieren.
5 Soziale Sicherheit ist klar definiert: Wer Hilfe
6 braucht, dem wird geholfen.
- 7
- 8 • Der Haushalt des Landes wurde auf „Null-
9 Neuverschuldung“ umgestellt, die überwiegende
10 Zahl der Städte und Gemeinden ist schulden-
11 frei. Gezielt investieren wir wieder mehr in den
12 Wohnungsbau, den Straßenbau und öffentlichen
13 Nahverkehr und unterstützen kommunale Inves-
14 titionen. Die Universitäten und Fachhochschulen
15 des Landes arbeiten erfolgreich in Forschung und
16 Lehre. In unseren Schulen stellen wir zahlreiche
17 neue Lehrerinnen und Lehrer ein, der Betreuungs-
18 schlüssel in den KiTAs wird verbessert.
- 19
- 20 Wir Sozialdemokraten haben diese erfolgreiche Lan-
21 desentwicklung von Anfang an aktiv mitgestaltet.
22 Ministerpräsident Manfred Stolpe prägte den Kampf
23 für den Erhalt der industriellen Kerne in den Regionen
24 und die Schaffung neuer Arbeitsplätze ebenso wie die
25 Neuansiedlung von Unternehmen, den Aufbau neuer
26 Hochschulen oder die Umgestaltung der ländlichen
27 Wirtschaft. Unvergessen ist der rastlose Einsatz von
28 Regine Hildebrand für Ausbildungsplätze, für Um-
29 schulung und Arbeit oder für ein menschnahes
30 Gesundheitswesen. Die mit Alwin Ziel verbundene
31 freiheitliche Kommunalverfassung und der Aufbau
32 unserer rechtsstaatlichen Landespolizei ermöglichte
33 Selbstbestimmung und Mitwirkung in Sicherheit. Das
34 Land wuchs zusammen, eine Brandenburger Identität
35 entstand.
- 36
- 37 Ministerpräsident Matthias Platzeck stellte auf diesem
38 soliden Fundament die entscheidenden Weichen für
39 die Zukunft des Landes. Der Landeshaushalt wurde
40 konsolidiert und die Verwaltungsausgaben gebremst,
41 Freiräume für Investitionen wurden geschaffen. Die
42 Wirtschaftsförderung des Landes wurde ertüchtigt und
43 zielgerichtet auf Zukunftsbranchen und Wachstums-
44 regionen konzentriert. Das Prinzip der Vorsorge wurde
45 Leitgedanke für Kinderbetreuung, Bildung und Gesund-
46 heitspolitik und wurde Vorbild für die Sozialpolitik in
47 anderen Bundesländern.
- 48
- 49 Für uns Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung

1 kam es aber nie allein auf die kurzfristige Lösung
2 aktueller Probleme an. Stets haben wir künftige Ent-
3 wicklungen miteinbezogen und schon auf absehbare
4 Probleme frühzeitig reagiert. Darauf konnten sich die
5 Brandenburgerinnen und Brandenburger immer ver-
6 lassen, auch deshalb wurden wir „Brandenburg-Partei“.

7
8 Mit Ministerpräsident Dietmar Woidke werden wir
9 diesen Weg weitergehen und uns vor notwendigen
10 Strukturentscheidungen nicht drücken. Auch nicht
11 unter Verweis auf die neue große Aufgabe, der sich
12 unser Land seit einigen Monaten stellt: Der Aufnah-
13 me von zahlreichen Flüchtlingen und vor allem der
14 Integration dieser Menschen in unsere Städte und
15 Gemeinden, KiTas und Schulen und nicht zuletzt in die
16 Arbeitswelt. Auch diese Aufgabe werden wir meistern
17 – mit dem Engagement der Zivilgesellschaft und dem
18 Zusammenhalt im Land.

19

20 **Kommunale Daseinsvorsorge sichern**

21

22 Die Brandenburger SPD unterstützt die Landesregie-
23 rung und die Landtagsfraktion deshalb, die eingeleitete
24 Verwaltungsstruktur- und Kommunalreform fortzu-
25 führen und noch in dieser Legislaturperiode gesetzlich
26 zu regeln.

27

28 Bereits lange vor der Landtagswahl haben wir vor dem
29 Hintergrund der demografischen Entwicklung und
30 engerer finanzieller Spielräume durch das Auslaufen
31 des Solidarpakts 2020 eine Debatte über notwendige
32 Strukturreformen angestoßen. Denn als Sozialdemo-
33 kraten sind wir uns darüber bewusst, was Willy Brandt
34 einst so prägnant formulierte: „Wer morgen sicher
35 leben will, muss heute für Reformen kämpfen.“. Wir
36 führten diese Debatte weit über unsere Partei hinaus
37 und konnten dem Landesparteitag am 22. September
38 2012 in Luckenwalde konkrete Handlungsvorschläge
39 für eine zukunftsfähige kommunale Daseinsvorsorge
40 und eine bürgernahe wie leistungsfähige Verwaltung
41 vorlegen – „*Brandenburg 2030 – Wir gestalten die
42 Zukunft!*“.

43

44 **Kein Land der zwei Geschwindigkeiten**

45

46 Unsere Handlungsvorschläge fanden im Land breite Ak-
47 zeptanz und wurden Grundstein vieler Empfehlungen
48 der vom Landtag eingesetzten Enquete-Kommission
49 „Kommunal- und Landesverwaltung – bürgernah,

1 effektiv und zukunftsfest – Brandenburg 2020“.
2
3 Auch mit unserem Wahlprogramm zur Landtagswahl
4 2014 „Unser Brandenburg-Plan: 50 Vorhaben, auf
5 die Sie sich verlassen können“ warben wir unter der
6 Führung von Ministerpräsident Dietmar Woidke für
7 unsere Zukunftsvorhaben. Zentral waren für uns, die
8 Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger im
9 Land zu erhalten, den Zusammenhalt der Regionen zu
10 stärken und ein Land der zwei Geschwindigkeiten zu
11 verhindern:
12
13 ... *Wir wollen Chancen für alle Menschen in allen*
14 *Regionen verbessern. Wir sind die Partei des einen*
15 *Brandenburgs. Jede Brandenburgerin und jeder Bran-*
16 *denburger soll unabhängig von Wohnort und sozialer*
17 *Herkunft vergleichbare Chancen auf Bildung, Gesund-*
18 *heit und Teilhabe am öffentlichen Leben haben...*
19
20 ... *Unser Ziel ist eine leistungsfähige Selbstverwaltung*
21 *in allen Teilen unseres Landes, auch in Orten mit Bevöl-*
22 *kerungsrückgang. Dazu brauchen wir eine umfassende*
23 *Verwaltungsstrukturreform. ... Aus den Landesbehörden*
24 *werden weitere Aufgaben auf die Kommunen übertra-*
25 *gen, um sie bürgernäher und wirtschaftlicher zu erfüllen.*
26 *Eine kostendeckende Finanzierung dieser Aufgaben wird*
27 *von Seiten des Landes sichergestellt.*
28
29 *Eine weitere Gemeindegebietsreform lehnen wir ab.*
30 *Gemeinden können sich für ihre Verwaltungsaufgaben*
31 *eines leistungsfähigeren Amtes bedienen oder sie von*
32 *einer anderen Gemeindeverwaltung dauerhaft erfüllen*
33 *lassen. ...*
34
35 ... *Starke Kommunen brauchen eine stabile finanzielle*
36 *Grundlage. Dazu wollen wir mit den Kommunen im*
37 *Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform*
38 *einen „Pakt für zukunftsfähige Kommunalfinanzen“*
39 *verabreden: ... Ein Entschuldungsprogramm soll dazu*
40 *dienen, dass hoch verschuldete Kommunen innerhalb*
41 *von zehn Jahren ihre Schulden dauerhaft abbauen*
42 *können...*
43
44 Unser Wahlprogramm hat überzeugt. Wir wurden
45 wieder mit deutlichem Abstand stärkste Partei und
46 Dietmar Woidke als Ministerpräsident bestätigt. In dem
47 vom Landesparteitag am 10. November 2014 in Wildau
48 bestätigten Koalitionsvertrag „*Sicher, selbstbewusst*
49 *und solidarisch: Brandenburgs Aufbruch vollenden.*“

1 wurde unser Reformvorhaben aufgenommen und
2 weiter konkretisiert:

3

4 *„Eine umfassende Verwaltungsstrukturreform ist nötig,
5 um eine leistungsfähige Selbstverwaltung auch in
6 Orten mit Bevölkerungsrückgang aufrechtzuerhalten.
7 Leistungen der Verwaltungen sollen deshalb nicht nur
8 am Behördensitz, sondern auch in Servicestellen, über
9 mobile Angebote und verstärkt über elektronische
10 Dienste angeboten werden...*

11

12 *... Die Kreisebene wollen wir durch eine Kreisgebiets-
13 reform und die Einkreisung von kreisfreien Städten
14 stärken...*

15

16 *...Wir halten grundsätzlich maximal zehn Kreisver-
17 waltungen für ausreichend, auf die derzeit vom Land
18 wahrgenommene Aufgaben übertragen werden. Wir
19 werden dabei einen vollen finanziellen Ausgleich vor-
20 nehmen ...*

21

22 *Vor den zu treffenden Entscheidungen werden wir ein
23 Leitbild entwickeln, das neben den regionalen Besonder-
24 heiten in unserem Land die Beachtung der Wahrung und
25 Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung und die
26 demokratische Teilhabe einbezieht.*

27

28 *Die zukünftigen kreisangehörigen Städte sollen als
29 Oberzentren gestärkt werden. Dies geschieht ggf. durch
30 eine Teilentschuldung, durch die Entlastung von be-
31 stimmten Aufgaben und durch eine stärkere finanzielle
32 Unterstützung ihrer*

33

34 *Aufgaben aus Landes- und Finanzausgleichsmitteln. Sie
35 sollen die Möglichkeit erhalten, auch künftig diejenigen
36 kreislichen Verwaltungsaufgaben in eigener Zuständig-
37 keit wahrzunehmen, die bürgernah erbracht werden
38 sollen und prägend für das urbane Leben sind. ...*

39

40 *Aus den Landesbehörden werden weitere Aufgaben auf
41 die Kommunen übertragen, um sie bürgernäher und
42 wirtschaftlicher erfüllen zu können...*

43

44 Auf der Grundlage dieser Beschlüsse der SPD hat
45 die SPD-geführte Landesregierung den Entwurf des
46 Leitbildes für die Verwaltungsstrukturreform 2019
47 vorgelegt. Der Entwurf wird derzeit in einem breiten
48 öffentlichen Dialog diskutiert. Der Landtag flankiert
49 diesen Dialog mit zahlreichen öffentlichen Anhörungen

1 zu Einzelaspekten des Leitbildentwurfes und beabsich-
2 tigt, das Leitbild im kommenden Jahr fertigzustellen.
3 Selbstverständlich werden wir die in der Diskussion
4 von Bürgern eingebrachten Punkte
5
6 ernst nehmen und Konsensfähiges auch in das Leitbild
7 mit aufnehmen. Ein guter Leitbildprozess muss Sorgen
8 ernst nehmen, konkrete Vorschläge berücksichtigen
9 und an der einen oder anderen Stelle Kompromisse
10 machen, damit der Reformprozess mehrheitsfähig ist.
11 Nur eine Reform die von allen getragen wird ist eine
12 gute Reform. Das später vom Landtag verabschiedete
13 Gesetz muss sich dann auch möglichst eng an das
14 abgestimmte Leitbild halten. Nichts wäre schädlicher,
15 als ein Leitbildprozess, der allen Beteiligten das Ge-
16 fühl gibt, nicht ernst genommen und nicht gehört zu
17 werden. Mit diesem breit angelegten öffentlichen Dis-
18 kussionsprozess nimmt Brandenburg deutschlandweit
19 eine Vorreiterrolle ein.

20

21 **Kommunale Selbstverwaltung sichern – Oberzentren** 22 **stärken**

23

24 Die Brandenburger SPD wird darauf achten, dass das
25 Leitbild eine solide Grundlage für eine Verwaltungs-
26 und Kommunalstrukturreform bildet, die den Men-
27 schen in den kommenden 25 Jahren Sicherheit und
28 Verlässlichkeit über Strukturen der kommunalen De-
29 mokratie bietet.

30

31 Uns geht es um eine starke Selbstverwaltung und
32 bürgerschaftliche Mitwirkung in unseren Städten,
33 Gemeinden und ihren Ortsteilen. Uns geht es um eine
34 umfassende kommunale Daseinsvorsorge in allen Re-
35 gionen des Landes und um solide kommunale Finanzen.

36

37 Und uns geht es um eine leistungsfähige Verwaltung
38 auf Kreis- und Gemeindeebene, die ihre Leistungen
39 bürgernah erfüllt. Dazu braucht es auch eine nachhal-
40 tige Funktionalreform, die Aufgaben vom Land auf die
41 Kommunen überträgt. Wir werden uns deshalb dafür
42 stark machen, dass das Land die Kosten übernimmt,
43 die vorübergehend aus der Reform entstehen und
44 bei überdurchschnittlicher Verschuldung Hilfe leistet.

45 Nach der Reform gilt selbstverständlich der Grundsatz:
46 wer bestellt zahlt. Die Kommunen werden für die neu
47 übertragenen Aufgaben vom Land gemäß des Konnexi-
48 tätsprinzips entschädigt. Wir stehen dabei für Fairplay:
49 Das Land verpflichtet sich, vor der Übertragung von

1 Aufgaben keine Kürzungen an diesen vorzunehmen.
2 Hierzu wird es eine Stichtagsregelung geben. Dies
3 könnte durch eine Novelle des Finanzausgleichsgeset-
4 zes flankierend zur Kommunalreform geschehen.
5
6 Und wir werden uns dafür einsetzen, dass das Land
7 dabei hilft, die Angebote der örtlichen Bürgerservice-
8 stellen auszuweiten und mobile Angebote zu schaffen.
9 Wir werden darüber hinaus weitreichende Angebote
10 des E-Government auf dem Weg bringen.
11
12 Und uns geht es um eine Stärkung der Oberzentren und
13 ihrer Leistungskraft als Anker ihres Umlands. Die Städte
14 Brandenburg a.d.H., Cottbus und Frankfurt (Oder)
15 werden deshalb durch Eingliederung in leistungsfähige
16 Kreise von Kreisverwaltungsaufgaben entlastet, ihre
17 Sozillasten werden solidarisch auf mehrere Schultern
18 verteilt. Außerdem soll die Finanzierung ihrer bedeut-
19 samen Kultureinrichtungen auf eine breitere Basis
20 gestellt und ihnen ein Teil ihrer Schulden abgenommen
21 werden.
22
23 Wir bekennen uns dabei zu der Solidarität und dem
24 Zusammenhalt, der Brandenburg in den letzten 25
25 Jahren stark gemacht hat.
26
27

Funktional- und Verwaltungsstrukturereform

28 **04/1/2015**
29 **SPD-Ortsverein Perleberg**
30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
31
32
33 **Funktionalreform**
34 Die Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen
35 der angestrebten Funktionalreform für die Aufga-
36 benübertragung auf die Landkreise solche Aufgaben
37 vorzuschlagen, die diese im Rahmen ihrer örtlichen
38 Zuständigkeit als eigenen Aufgaben wahrnehmen
39 können.

Annahme

- 1 **08/1/2015**
2 **SPD-Unterbezirk Prignitz**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5
6 **Stärkung der Selbstverwaltung**
7 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregie-
8 rung werden aufgefordert, über die im Leitbildentwurf
9 für eine Verlagerung auf die Landkreise vorgesehenen
10 Aufgaben hinaus weitere Aufgaben zu benennen, die
11 den Landkreisen als Aufgaben ihres örtlichen Bereichs
12 (Selbstverwaltungsaufgaben) übertragen werden
13 können.

Annahme

Integrations- und Flüchtlingspolitik

- 14 **09/1/2015**
15 **SPD-Unterbezirk Potsdam, SPD-Ortsverein Babelsberg**
16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
17
18
19 **Für eine europäische Flüchtlingspolitik**
20 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
21 Mitglieder der Bundesregierung auf, sich weiterhin mit
22 Nachdruck für eine Flüchtlingspolitik auf europäischer
23 Ebene einzusetzen, die das Grundrecht auf Asyl und die
24 Menschenwürde achtet.
25
26 Hierzu ist insbesondere das Dublin III Verfahren zu-
27 nächst auszusetzen und schließlich durch eine Vertei-
28 lung der Flüchtlinge auf alle Mitgliedsstaaten der eu-
29 ropäischen Union zu ersetzen. Sollte eine Einigung mit
30 allen EU-Staaten nicht möglich sein, soll dies zunächst
31 im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit der „willi-
32 gen“ EU-Staaten erfolgen.

Annahme

- 33 **10/1/2015**
34 **SPD-Unterbezirk Potsdam, SPD-Ortsverein Babelsberg**
35 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
36
37
38 **Nachhaltig nutzbare Flüchtlingsunterkünfte schaf-**
39 **fen**
40 Aktuell steht Deutschland, steht Brandenburg und
41 auch Potsdam vor der Herausforderung, ausreichend

Annahme

1 Unterkünfte für hier ankommende Asylsuchende zu
2 schaffen. Es ist klar, dass es hierzu derzeit zunächst
3 kurzfristige Lösungen braucht.
4
5 Ebenso klar ist aber auch, dass in den kommenden Jah-
6 ren weiterhin deutlich mehr Asylsuchende zu uns kom-
7 men werden, als noch vor wenigen Jahren. Um das
8 zu schultern sind wesentliche Investitionen nötig. Da-
9 mit diese auch nachhaltig wirken, muss schon jetzt mit
10 der Planung und Schaffung von Unterkünften in Fest-
11 oder Modulbauweise begonnen werden. Diese stehen
12 dann in 1-3 Jahren als Nachnutzung für provisorische
13 Nutzungen oder aber auch als völlig neue Unterkünfte
14 zur Verfügung. Ebenso besteht die Möglichkeit zur Mit-
15 und Nachnutzung als Azubi- oder Studierendenwohn-
16 heim oder auch ganz normaler Wohnraum, wenn sich
17 die Flüchtlingssituation entspannt hat. Die Landeserst-
18 aufnahmekapazitäten sollten dementsprechend gera-
19 de dort erweitert werden, wo eine solche Nachnutzung
20 möglich ist.

21 **11/1/2015**
22 **SPD-Unterbezirk Potsdam, SPD-Ortsverein Babelsberg**
23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
24
25
26 **Ausweitung von Sprachlernangeboten für Geflüchtete**
27 Die Kommunen stellen für an Flüchtlinge gerichtete
28 Deutschkursangebote die notwendige Infrastruktur
29 bereit. Dafür prüfen sie die bestehenden Möglichkeiten
30 insbesondere durch die Nutzung und Erweiterung der
31 Angebote bereits geförderter Vereine und sonstiger
32 Bildungseinrichtungen.
33
34 Das Land unterstützt die Kommunen bei der Erfüllung
35 dieser Aufgabe sachlich, personell und finanziell. Auch
36 der Bund muss mehr finanzielle Mittel hierfür bereit-
37 stellen.
38
39 Die Kommunen stellen sicher, dass die in ihrem Zustän-
40 digkeitsbereich untergebrachten Flüchtlinge möglichst
41 umgehend, spätestens aber nach Ablauf von drei
42 Monaten seit ihrer Ankunft einen Sprachkurs beginnen
43 bzw. fortsetzen können. Zu diesem Zweck arbeiten
44 die Kommunen mit Ehrenamtlerinnen zusammen und
45 unterstützen die Koordinierung der Hilfsangebote.
46
47 Das Land richtet eine Stelle ein, die die Möglichkeiten

Annahme

1 und Bedarfe der Kommunen erfasst und zu deren Ko-
2 ordinierung beiträgt. Das Land evaluiert die Sprachför-
3 derung von Flüchtlingen an allgemeinbildenden Schu-
4 len und sonstigen Bildungseinrichtungen und fördert
5 die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften in dem Fach
6 „Deutsch als Fremdsprache“. Die Ergebnisse der Evalua-
7 tion werden für die Kommunen einmal jährlich zusam-
8 mengefasst und zugänglich gemacht.

9 **12/1/2015**

10 **SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12

13

14 **Erstattung der Kosten für die Unterbringung, Be-**
15 **treuung sowie der Leistungen nach dem Asylbewer-**
16 **berleistungsgesetz an die Kommunalen Träger dieser**
17 **Aufgaben in Brandenburg**

18 Den Kommunalen Trägern in Brandenburg sind die
19 gesamten entstehenden Kosten für die Unterbringung,
20 Betreuung sowie der Leistungen nach dem Asylbe-
21 werberleistungsgesetz vom Land Brandenburg zu
22 erstatten.

23

24 Die rechtlichen Vorschriften, die bisher die Kostener-
25 stattung regeln (u. a. das Landesaufnahmegesetz und
26 die Erstattungsverordnung), sind entsprechend der
27 eintretenden Kostenentwicklung durch Preissteigerun-
28 gen und Entwicklung der Gehälter anzupassen und
29 laufend fortzuschreiben. Eine mit den kommunalen
30 Spitzenverbänden abgestimmte Pauschalierung ist
31 möglich.

32

33 Die bei den Trägern z. B. in den Verwaltungen entste-
34 henden zusätzlichen Personalkosten für die zu bewäl-
35 tigenden Aufgaben und die Personalkosten für beglei-
36 tende Maßnahmen sowie die Aufwendungen für ehren-
37 amtliche Leistungen sind den tatsächlichen Gegeben-
38 heiten anzupassen und zu berücksichtigen.

Überweisung an: Landtagsfraktion, Landesvorstand

1 13/1/2015

2 SPD-Ortsverein Frankfurt (Oder)-Nord

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4

5

6 **Flüchtlingspolitik**

7 Der SPD-Landesvorstand sowie unser Mitglied im Euro-
8 paparlament werden aufgefordert, sich mit Nachdruck
9 für eine europäische Flüchtlingspolitik einzusetzen,
10 die faire Asylverfahren in allen EU-Mitgliedsstaaten
11 gewährleistet und für eine gleichmäßige Verteilung
12 der Lasten und eine menschenwürdige Unterbringung
13 der Flüchtlinge sorgt.

Annahme

14 15/1/2015

15 Jusos Brandenburg

16

17

18 **Für menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte**

19 Wir fordern die SPD-geführte Landesregierung auf,
20 umgehend auf folgende Schritte hinzuwirken:

21

22 • Dafür Sorge tragen, dass dem besonderen Sicher-
23 heitsbedürfnis von Kindern, Frauen und generell
24 traumatisierten Menschen unter den Geflüchteten
25 bei Unterbringung und Betreuung Rechnung ge-
26 tragen wird.

27

28 • Sicherstellen, dass psychologische Hilfsangebote
29 für traumatisierte und/oder durch das monatelan-
30 ge Warten unter hohem Stress stehende Menschen
31 zur Verfügung gestellt werden.

32

33 • Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen
34 Rechtsberatung für alle geflüchteten Menschen

35

36 • Sicherzustellen, dass so früh wie möglich flächen-
37 deckend angemessener Deutschunterricht für die
38 geflüchteten Menschen zur Verfügung steht.

39

40 • Vor dem Hintergrund der oft langen, monotonen
41 Wartezeiten sicherstellen, dass täglich verschiede-
42 ne und thematische breit aufgestellte Angebote
43 zur Freizeitgestaltung existieren. Dabei ist ins-
44 besondere die Kooperation mit der örtlichen
45 Bevölkerung zu suchen, von der oft eine große
46 Hilfsbereitschaft ausgeht. Bei Bedarf sollen Frei-

Annahme

- 1 räume für selbstorganisierten Bewohnern der
2 Unterkünfte zu eigenen Freizeitgestaltung ermög-
3 licht werden.
4
- 5 • Eine angemessene medizinische Versorgung der
6 zu uns geflüchteten Menschen zu garantieren, die
7 auch medizinische angezeigte Vorsorgebehand-
8 lungen umfasst.
9
 - 10 • Sicherstellen, dass für das Management der Unter-
11 künfte und als Ansprechpartner für ihre Bewohner
12 ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung
13 steht.
14
 - 15 • Sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine
16 substanzielle finanzielle Unterstützung des Bun-
17 des an den Aufnahme- und Integrationsleistungen
18 langfristig sichergestellt ist.
19
 - 20 • Notwendige Rahmenbedingungen nicht nur für
21 eine menschenwürdige Unterbringung, sondern
22 auch für die langfristige Integration der zu uns
23 geflüchteten Menschen schaffen.
24
 - 25 • Die öffentliche Verwaltung in allen Bereichen
26 stärken, die für eine erfolgreiche Bewältigung der
27 Unterbringungs- und Integrationsherausforderung
28 direkt und indirekt nötig sind – dazu zählen bei-
29 spielsweise auch Stellen, die für die Anerkennung
30 von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen
31 zuständig sind.
32
 - 33 • Zeitnah ein praxisnahes Konzept für die Integra-
34 tion von Geflüchteten in Ausbildung, Studium
35 und Arbeitsmarkt – auch im ländlichen Raum –
36 entwickeln.
37
 - 38 • Auf die Schaffung einer angemessenen, notwen-
39 digen Flexibilität bei den bürokratischen Abläufen
40 drängen.
41
- 42 Soweit diese Schritte sich auf Fragen der Unterbringung
43 beziehen, gelten sie sowohl für Erstaufnahmeeinrich-
44 tungen als auch für die Unterbringung in den Landkrei-
45 sen.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

1 19/1/2015

2 ASF-Landesvorstand Brandenburg

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4 Der Bundesparteitag möge beschließen:

5

6

7 **Alleinerziehende besser unterstützen!**

8 Die ASF bekräftigt ihre Forderung einer Anhebung des
9 Steuerfreibetrags für Alleinerziehende. Die Erhöhung
10 des Entlastungsbetrags und die Staffelung nach der
11 Zahl der Kinder müssen in den Gesetzentwurf zur
12 Anhebung des Grundfreibetrages, des Kinderfreibe-
13 trages, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags
14 des Bundesfinanzministeriums aufgenommen wer-
15 den. Wir unterstützen Manuela Schwesig und die
16 SPD-Bundestagsfraktion.

Annahme

Bildungs- und Wissenschaftspolitik

17 20/1/2015

18 SPD-Unterbezirk Havelland

19 Der Landesparteitag möge beschließen:

20

21

22 **Kita-Betreuungszeiten nicht wegen Geburt eines
23 Geschwisterkindes kürzen**

24 Landesvorstand und Landtagsfraktion werden aufge-
25 fordert, durch entsprechende Initiativen und Anträge
26 darauf hinzuwirken, dass im Land Brandenburg künftig
27 der Anspruch eines Kindes auf Kindertagesbetreuung
28 nicht unmittelbar bei Geburt eines Geschwisterkindes
29 auf die Mindestbetreuungszeit gekürzt wird, wenn der
30 Anspruch vorher über der Mindestbetreuungszeit lag.

31

32 Der Bestandsschutz für die älteren Geschwisterkinder
33 soll mindestens für den Zeitraum der Beschäftigungs-
34 verbote nach der Entbindung nach § 6 Absatz 1 Mutter-
35 schutzgesetz gelten. Zu prüfen sind ferner (a) die Aus-
36 dehnung dieses Bestandsschutzes auf einen Zeitraum
37 von 6 Monaten nach der Entbindung sowie (b) die Wei-
38 terbewilligung der höheren Betreuungszeit auch bei
39 Eintritt von Arbeitslosigkeit der Eltern.

Annahme

1 **21/1/2015**

2 **Jusos Brandenburg**

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4

5

6 **Der Anspruch auf Kindertagesbetreuung muss für**
7 **alle Kinder gleich und darf nicht abhängig vom Eltern-**
8 **haus sein!**

9 Der Landesparteitag der SPD Brandenburg fordert
10 die SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag und die
11 SPD-geführte Landesregierung in Brandenburg auf,
12 sich dafür einzusetzen, die derzeit geltende Rege-
13 lung zum Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung
14 dahingehend zu ändern, dass auch Kinder von er-
15 werbslosen Eltern die Chance haben, die Kita oder
16 die Kindertagespflege länger als 6 Stunden am Tag zu
17 besuchen und damit genau so lange wie ihre Alters-
18 genossen. Kein Kind darf benachteiligt werden! Zur
19 Finanzierung sollte man sich an dabei an bestehen-
20 den gut-funktionierenden, kommunalen Beispielen
21 orientieren.

Annahme

22 **22/1/2015**

23 **Jusos Brandenburg**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

25

26

27 **Übergangsregelung für Hort und Ferienbetreuung**
28 **für geistig und körperlich behinderte Kinder in Bran-**
29 **denburg schaffen**

30 Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert
31 eine landesweite Übergangsregelung für Hort- und
32 Ferienbetreuung/Schulanschlussbetreuung von geis-
33 tig und körperlich behinderten Kindern zu schaffen,
34 bis diese Gesetzeslücke für die Hortbetreuung von
35 Kindern mit Behinderung, die über 12 bzw. 14. Jahre alt
36 sind, auf Bundesebene über das Bundesteilhabegesetz
37 geschlossen ist.

Annahme

1 **23/1/2015**
2 **SPD-Unterbezirk Oberhavel**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5
6 **Klassenfrequenzen an Oberstufenzentren flexibler**
7 **gestalten**
8 Der SPD-Landesvorstand Brandenburg und die SPD-
9 Landtagsfraktion Brandenburg werden beauftragt
10 darauf hinwirken, dass die Mindestfrequenzwerte von
11 24 Schülerinnen und Schülern zur Einrichtung von
12 kreiseigenen Fachklassen an Oberstufenzentren im
13 Bildungsgang der Berufsschule zur Vermittlung des
14 schulischen Teils einer Berufsausbildung nach dem
15 Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksordnung
16 (Anlage zur VV-Unterrichtsorganisation) deutlich abge-
17 senkt wird, damit von den Vorgaben der Landesschul-
18 bezirksverordnung abweichende Berufsschulklassen
19 weiterhin gebildet werden können.

Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand

20 **24/1/2015**
21 **SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, SPD-Ortsverein**
22 **Königs Wusterhausen**
23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
24
25
26 **Schulsozialarbeit in Brandenburg rechtlich sichern**
27 Die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-
28 Landtagsfraktion werden aufgefordert, hinsichtlich
29 der Zuständigkeit für Schulsozialarbeit eine gesetzli-
30 che Klarstellung vorzunehmen und die Aufgabe den
31 Landkreisen als Träger der Jugendhilfe zu übertragen.

Überweisung an: Landesvorstand

32 **25/1/2015**
33 **SPD-Landesvorstand, Arbeitskreis Digitale Gesellschaft,**
34 **AfB Brandenburg, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald,**
35 **SPD-Ortsverein Zeuthen**
36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
37
38
39 **Medienbildung prüfungsrelevanten Bestandteil**
40 **der Lehrerinnen- und Lehrerprüfungen werden lassen**
41 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung
42 auf, als Gesetzgebungsorgan von ihrem Recht auf
43 Gesetzesinitiative Gebrauch zu machen und zeitnah
44 eine Novelle des Gesetzes „über die Ausbildung und

Annahme

- 1 Prüfung für Lehrämter und die Fort- und Weiterbildung
2 von Lehrerinnen und Lehrern im Land Brandenburg“
3 auf den Weg zu bringen, die Medienbildung zum
4 prüfungsrelevanten Bestandteil der Lehrerinnen- und
5 Lehrerprüfungen macht.

- 6 **27/1/2015**
7 **Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, Unterbezirk Dahme-**
8 **Spreewald, Arbeitsgemeinschaft für Bildung, Ortsver-**
9 **ein Zeuthen**
10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
11
12
13 **Medienbildung als Erziehungs- und Bildungsauf-**
14 **trag**
15 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,
16 Medienbildung – bezogen auf die Brandenburgischen
17 Ausführungsgesetze zum SGB VIII (Kindertagesein-
18 richtungen bzw. Jugendhilfe) – als Erziehungs- und
19 Bildungsauftrag ergänzend aufzunehmen.

Annahme

Digitale Gesellschaft

- 20 **28/1/2015**
21 **SPD-Landesvorstand, Arbeitskreis Digitale Gesell-**
22 **schaft, SPD-Ortsverein Babelsberg**
23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
24
25
26 **Auf- und Ausbau freier Daten-Funknetze**
27 Der SPD-Landesparteitag fordert die Landesregierung
28 auf, sich für den Auf- und Ausbau freier Daten-
29 Funknetze einzusetzen.

Annahme

- 30 **29/1/2015**
31 **Arbeitskreis Digitale Gesellschaft**
32 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
33
34
35 **Schulen beim Breitbandausbau berücksichtigen**
36 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,
37 den Kommunen nahe zu legen, beim Breitbandausbau
38 darauf zu achten, dass Schulen und weitere Bildungs-
39 einrichtungen angeschlossen werden und Bandbreiten

Annahme

1 im Gigabit-Bereich gewährt werden.

2 **30/1/2015**

3 **Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Unterbezirk**
4 **Dahme-Spreewald, AfB Brandenburg, SPD-Ortsverein**
5 **Zeuthen**

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7

8

9 **Konkrete Maßnahmen für den Aufbau regionaler**
10 **Netzwerkstrukturen für Medienkompetenz**

11 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung
12 auf, die in der Landeskonzeption „Stärkung der
13 Medienkompetenz“ vom November 2011 und der Rah-
14 menvereinbarung „Stärkung der Medienkompetenz“
15 zwischen MBS und Medienanstalt Berlin-Brandenburg
16 vom 4. Juni 2012 dargelegte Unterstützung beim
17 Aufbau regionaler Netzwerkstrukturen für Medien-
18 kompetenz mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen
19 und damit die Voraussetzungen zu schaffen, dass
20 für regionale Medienbildungs-Netzwerke ein lan-
21 deszentrales Unterstützungsangebot aufgebaut
22 werden kann. Darin eingeschlossen sein sollen auch
23 Beratungsleistungen für Bildungsträger, die landes-
24 zentrale Entwicklung und Umsetzung von Fort- und
25 Weiterbildungsangeboten, die Entwicklung von Me-
26 dienbildungsstandards im außerschulischen Bereich
27 der Kinder- und Jugendbildung sowie die Koordination
28 regionaler Medienbildungsnetzwerke.

Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand

29 **31/1/2015**

30 **Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Unterbezirk**
31 **Dahme-Spreewald, AfB Brandenburg, SPD-Ortsverein**
32 **Zeuthen**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34

35

36 **Landeskonzeption „Stärkung der Medienkompe-**
37 **tenz“ – Entwicklung einer Umsetzungs-, Evaluations-**
38 **und Finanzierungsplanung**

39 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung
40 auf, begleitend zur Landeskonzeption „Stärkung der
41 Medienkompetenz“ vom November 2011 und der Rah-
42 menvereinbarung „Stärkung der Medienkompetenz“
43 zwischen MBS und Medienanstalt Berlin-Brandenburg
44 vom 4. Juni 2012 eine Umsetzungs-, Evaluations- und
45 Finanzierungsplanung zu entwickeln, die die bereits

Annahme

- 1 implementierten bzw. konzipierten Konzeptbausteine
- 2 fachlich begleitet und unterstützt.

-
- 3 **32/I/2015**
 - 4 **Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Ortsverein**
 - 5 **Babelsberg**
 - 6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 - 7
 - 8
 - 9 **Entwicklung eines Open-Data-Konzeptes**
 - 10 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,
 - 11 ein Open-Data-Konzept zu entwickeln und im Hinblick
 - 12 auf die Bereitstellung von offenen, nicht personen-
 - 13 bezogenen Daten den Bedarf zu ermitteln, welche
 - 14 konkreten Daten und Informationen aus der Sicht
 - 15 der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Politik,
 - 16 Hochschulen sowie Wissenschafts- und Forschungs-
 - 17 einrichtungen relevant sind und seitens des Landes
 - 18 veröffentlicht werden sollten.

Annahme

-
- 19 **33/I/2015**
 - 20 **Arbeitskreis Digitale Gesellschaft, SPD-Ortsverein**
 - 21 **Babelsberg**
 - 22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 - 23
 - 24
 - 25 **Prognosesoftware „precobs“ nicht einführen**
 - 26 Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf,
 - 27 die Prognosesoftware „precobs“ nicht bei den Polizei-
 - 28 und Ermittlungsbehörden in Brandenburg einzuführen.

Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand

Infrastruktur

- 29 **37/I/2015**
- 30 **Jusos Brandenburg, Arbeitskreis Verkehr**
- 31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- 32 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
- 33
- 34
- 35 **Stärkung der Infrastruktur durch einen fairen Wettbe-**
- 36 **werb auf Straße und Schiene**
- 37 Seit der Fernbusliberalisierung ist der Anteil von Fern-
- 38 bussen am Fernverkehrsmarkt rasant gestiegen. Das
- 39 führt dazu, dass auch auf den brandenburgischen

Annahme

- 1 Autobahnen vermehrt Fernbusse fahren und sukzes-
2 sive Haltepunkte eingeführt werden. Jedoch dürfen
3 Fernbusse den Schienen(fern-)verkehr nicht kaputt kon-
4 kurrieren, sondern müssen diesen sinnvoll ergänzen.
5 Die SPD steht für folgende Schritte, um für einen fairen
6 Wettbewerb zu sorgen sowie Arbeitnehmer/innen-
7 und Verbraucher/innenrechte zu schützen:
8
- 9 1. Langfristige Einführung einer Maut für Busunter-
10 nehmen im Fern- und Reiseverkehr; die Einnahmen
11 sollten zweckgebunden für die Verbesserung der
12 (Fern- und Reisebus-)Infrastruktur genutzt werden
13
 - 14 2. Schaffung eines bundesgesetzlichen Rahmens für
15 die Möglichkeit der Einführung einer Benutzungspflicht
16 bestimmter Stationen (Bushaltestellen) auf
17 kommunaler Ebene
18
 - 19 3. Kommunen, in denen Fern- und Reisebusse
20 Haltepunkte und (Dauer-) Parkplätze haben,
21 erhalten durch Änderung des Personenbeförderungsgesetzes die Möglichkeit zur Erhebung von
22 Benutzungsgebühren
23
24
 - 25 4. Stärkere Kontrolle der Lenk- und Pausenzeiten
26
 - 27 5. Angleichung der Fahrgastrechte, v.a. für Entschädigungs-
28 zahlungen bei Verspätungen oder Ausfällen,
29 an die Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr
30
 - 31 6. Einhaltung und Überprüfung der gesetzlich geregelten
32 Barrierefreiheit ab 2016 bei neuen Bussen
33 und ab 2020 bei allen Bussen
34
 - 35 7. Einführung einer Andienungspflicht für Abfälle/
36 Abwässer etc. von Fern- und Reisebussen und
37 die Schaffung zertifizierter Entsorgungsstationen
38
 - 39 8. Schaffung einer Verordnungsermächtigung für die
40 Bundesländer, um die Konsequenzen aus dem Personenbeförderungsgesetz für den Fernbusverkehr
41 besser steuern zu können (z.B. Genehmigung von
42 Haltestellen)
43
44

1 **38/I/2015**
2 **SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen, SPD-Ortsverein**
3 **Bestensee, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald, Jusos**
4 **Brandenburg**
5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
6
7
8 **E-Mobilität fördern – Für eine Strategie „Elektro-**
9 **mobilität in Brandenburg“**
10 Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert,
11 eine Strategie zur Elektromobilität zu entwerfen. Dabei
12 soll unter anderem auf folgende Punkte geachtet
13 werden:
14
15 • Nutzung von alternativen Energiequellen
16
17 • Ausbau der Dichte von Stromtankstellen
18
19 • Mögliche Verwendung in Öffentlichen Ämtern
20 (Ordnungsamt, Polizei, etc.)
21
22 • Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten zur Schaf-
23 fung von Vorteilen für E-Mobile
24
25 • Förderung der Technologieentwicklung in Bran-
26 denburg
27
28 • Stärkung des ÖPNV und Nutzung der E-Mobility im
29 ÖPNV
30

Annahme

Energiepolitik

31 **41/I/2015**
32 **Jusos Brandenburg**
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
34
35
36 **Energiewende voranbringen – Entwicklung der**
37 **Speichertechnologien in Brandenburg fördern**
38 Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert,
39 sich folgendes Ziel zu setzen: Brandenburg bleibt auch
40 weiterhin Vorreiter bei der Nutzung erneuerbarer
41 Energien und strebt an, als erstes Bundesland eine
42 Stromversorgung ausschließlich aus regenerativen
43 Quellen rund um die Uhr zu gewährleisten.

Annahme

1
2 Besondere Priorität hat dabei der Ausbau von Strom-
3 speichern. Wir fordern die Landesregierung daher
4 dazu auf, das hier bestehende Potential zu nutzen und
5 Brandenburg zu einem führenden Forschungs- und
6 Produktionsstandort in dieser Schlüsseltechnologie zu
7 entwickeln. Dafür sind folgende Schritte wichtig:
8
9 Die Forschung im Bereich der Stromspeicher muss in-
10 tensiviert werden. Das Land sollte in Zusammenarbeit
11 mit den brandenburgischen Universitäten und auch
12 anderen Forschungseinrichtungen sowohl Kapazitäten
13 bei der relevanten Grundlagenforschung als auch für
14 anwendungsbezogene Forschung schaffen und mit
15 zusätzlichen mindestens 5 Millionen Euro im Jahr
16 unterstützen.
17
18 Das Land sollte mit gezielter Ansiedlungspolitik Unter-
19 nehmen aus dem Bereich der Stromspeicher als Kerne
20 neuer Kompetenzcluster in die Region holen.
21
22 Das Land sollte in Zusammenarbeit mit Berlin die
23 Existenzgründung im Bereich der Stromspeicher unter-
24 stützen.
25
26 Das Land sollte den Bau von Stromspeichern auf seinem
27 Territorium soweit vertretbar unterstützen.

28 **43/I/2015**
29 **SPD-Unterbezirk Oberspreewald-Lausitz**
30 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

31
32
33 **Braunkohleverstromung als Brückentechnologie**
34 Der Landesparteitag der SPD Brandenburg möge
35 beschließen, dass die Braunkohleverstromung in der
36 Lausitz mittelfristig als Brückentechnologie erhalten
37 bleibt, damit eine bezahlbare und stabile Energiever-
38 sorgung gesichert wird.

Annahme

Verbraucherschutz

- 1 **45/1/2015**
2 **SPD-Unterbezirk Potsdam**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
4
5
6 **Umfassendes Kennzeichnungssystem über Herkunft**
7 **von Fleisch**
8 Die SPD Brandenburg und die SPD-geführte Branden-
9 burgische Landesregierung werden aufgefordert, sich
10 für ein umfassendes System zu Kennzeichnung über
11 die Herkunft von Fleisch einzusetzen. Seit April 2015
12 gibt es zwar eine Kennzeichnungspflicht der Herkunft
13 bei Fleisch, sie informiert aber lediglich über das Her-
14 kunftsland. Ähnlich der Herkunftskennzeichnung bei
15 Eiern muss der Verbraucher für die eigene Wahlfreiheit
16 erkennen können, woher das Fleisch stammt und
17 welche Art der Haltung er damit unterstützt.

Annahme

- 18 **46/1/2015**
19 **SPD-Ortsverein Fahrland, SPD-Unterbezirk Potsdam**
20 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
21
22
23 **Verbraucherschutz für Brandenburger Bürgerinnen**
24 **und Bürger im Online-Handel stärken**
25 Das Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e.V.
26 unterhält eine Schlichtungsstelle für den elektroni-
27 schen Geschäftsverkehr. Zweck ist eine effiziente, kos-
28 tengünstige und schnelle Beilegung von Streitfällen im
29 Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs zwischen
30 Unternehmen und Verbrauchern unter Beachtung der
31 Empfehlung 98/257/EG der Europäischen Kommission
32 betreffend der Grundsätze für Einrichtungen, die für die
33 außergerichtliche Beilegung von Verbraucherrechts-
34 streitigkeiten zuständig sind. Die Schlichtungsstelle
35 trägt den Namen „Der Online-Schlichter“ und wird
36 von den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern,
37 Berlin, Hessen und Rheinland-Pfalz unterstützt.
38
39 Antragsberechtigt für das Schlichtungsverfahren sind
40 Bürgerinnen und Bürger der besagten Länder. Sie
41 haben nach der Schlichtungsordnung die Möglichkeit
42 zivilrechtliche Streitigkeiten im Bereich des Online-
43 Handels betreffend die Lieferung von Waren oder die

Annahme

- 1 Erbringung von Dienstleistungen schlichten zu lassen,
2 sofern die Streitigkeit zwischen einem Unternehmer
3 und einem Verbraucher bestehen, die einen Vertrag
4 unter Verwendung des Internets geschlossen haben.
5
6 Durch einen Beitritt des Landes Brandenburg als Ko-
7 operationspartner würden auch Brandenburgerinnen
8 und Brandenburger die Möglichkeit erhalten, sich bei
9 drohenden Rechtsstreitigkeiten im rasant wachsenden
10 Online-Handel vorab an den Schlichter zu wenden.

Weitere Themen

- 11 **47/I/2015**
12 **SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen, SPD-Ortsverein**
13 **Bestensee, SPD-Unterbezirk Dahme-Spreewald**
14 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
15 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
16
17
18 **Wahlverfahren modernisieren – Wahlbeteiligung**
19 **steigern – mehr Demokratie wagen!**
20 Die SPD setzt sich für eine Modernisierung der Wahl-
21 verfahren ein. Das Wahlverfahren soll dahingehend
22 verändert werden, dass mit Zustellung der Wahl-
23 unterlagen sogleich die Briefwahlunterlagen inkl.
24 Stimmzettel versendet werden.
25
26 Weiterhin sollen zentrale Wahllokale in Rathäusern
27 und Bürgerämtern eingerichtet werden, die bereits bis
28 zu 2 Wochen im Voraus die Stimmabgabe ermöglichen.
29
30 Eine Modernisierung und Flexibilisierung des Wahl-
31 rechts muss einhergehen mit der Sicherstellung, dass
32 die Wahlgrundsätze eingehalten und Möglichkeiten
33 zum Wahlbetrug verhindert werden.

Überweisung an: Landesausschuss, Landesvorstand

-
- 34 **50/I/2015**
35 **ASF-Landesvorstand Brandenburg**
36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
37
38
39 **Sexistische Werbung verbieten**
40 „Die Landesregierung Brandenburg wird aufgefordert,
41 sich auf Bundesebene für ein Verbot sexistischer

Überweisung an: ASJ, Landesvorstand

1 Werbung einzusetzen, indem das Gesetz gegen den
2 unlauteren Wettbewerb (UWG) um folgende Norm
3 erweitert wird:

4

5 **„§ 7a UWG Diskriminierende Werbung**

6

7 (1) Eine geschäftliche Handlung, durch die Marktteil-
8 nehmende in diskriminierender Weise angesprochen
9 werden, ist unzulässig, wenn nicht verfassungsrechtlich
10 geschützte Interessen ausnahmsweise überwiegen.

11 Die Diskriminierung kann sich aus der Aussage einer
12 Werbung, ihrem Gesamteindruck oder der Gesamt-
13 heit der einzelnen Teile einer Werbekampagne ergeben.

14

15 (2) Werbung ist geschlechtsdiskriminierend, wenn sie
16 Geschlechtsrollenstereotype in Form von Bildern oder
17 Texten wiedergibt oder sich in sonstiger Weise ein
18 geschlechtsbezogenes Über-/Unterordnungsverhältnis
19 zwischen den Personen in der Werbung oder im Ver-
20 hältnis zu den von der Werbung adressierten Personen
21 ergibt. Werbung ist insbesondere geschlechtsdiskrimi-
22 nierend, wenn sie

23

24 1. Menschen aufgrund ihres Geschlechts Eigenschaf-
25 ten, Fähigkeiten und soziale Rollen in Familie und
26 Beruf zuordnet oder

27

28 2. sexuelle Anziehung als ausschließlichen Wert von
29 Frauen darstellt oder

30

31 3. Frauen auf einen Gegenstand zum sexuellen
32 Gebrauch reduziert, insbesondere indem weibliche
33 Körper oder Körperteile ohne Produktbezug als
34 Blickfang eingesetzt werden oder der Eindruck
35 vermittelt wird, die abgebildete Frau sei wie das
36 Produkt käuflich.“

37

Organisationspolitik

38 **54/I/2015**

39 **Jusos Brandenburg**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41

42

43 **Weil Morgen wieder Advent ist – Qualifizierte Mehrheit**
44 **zum Parteitagsabbruch – Parteitage besser planen**

Annahme in der Fassung der Antragskommission

1 Der SPD-Landesvorstand Brandenburg wird aufgefor-
2 dert, bis zur ersten SPD-Landesvorstandssitzung im Jahr
3 2016 einen Vorschlag vorzulegen, in dem die Satzung
4 der SPD Brandenburg und die Geschäftsordnung des
5 Landesparteitages der SPD Brandenburg dahingehend
6 geändert werden, dass Geschäftsordnungsanträge
7 zur Beendigung des Parteitages einer qualifizierten
8 Mehrheit bedürfen.

9 **55/I/2015**
10 **SPD-Unterbezirk Potsdam**
11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12
13

14 **Jede Person ist besonders. Dafür ist sie zu achten.**

15 Der SPD Landesverband erarbeitet eine Compliance-
16 Regel, die das Leitbild ethisch ergänzt.

17

18 Die UB-Vorstände und Arbeitsgemeinschaften werden
19 mit der Erarbeitung eines gemeinsamen Entwurfes
20 beauftragt. Dieser wird im Laufe des Jahres in den
21 Parteigremien vor- und zu Diskussion gestellt, zum
22 ordentlichen Landesparteitag im Herbst 2016 verab-
23 schiedet.

24

25 Die Einhaltung dieser Compliance betrifft alle Ge-
26 nossinnen und Genossen im SPD-Landesverband
27 Brandenburg. Zur Wahrung dieses gemeinsamen Inter-
28 esses gibt es Ansprechpersonen in der Funktion einer
29 Ombudsfrau oder -mann. Diese Aufgabe kann auch von
30 der UB-Geschäftsführung wahrgenommen werden.

31

32 Um dieser Herausforderung gewachsen zu sein bietet
33 der Landesverband Qualifizierungsmöglichkeiten zur
34 Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragestel-
35 lungen an und schafft Angebote die Handlungsorientie-
36 rung geben.

Überweisung an: Landesvorstand

37 **56/I/2015**
38 **ASF-Landesvorstand Brandenburg**
39 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40
41

42 **Jede Person ist besonders. Dafür ist sie zu achten.**

43 **Für die Entwicklung eines Selbstverständnisses einer**
44 **Kultur des Respekts und der Akzeptanz**

45 Die SPD gewinnt nur Wahlen, wenn Sie auch bei den

Überweisung an: Landesvorstand

1 Wählerinnen Erfolg hat. Maßgeblich dafür sind Inhalte
2 die Frauen betreffen, Themen die Gerechtigkeit auf-
3 greifen und eine gezielte Ansprache von Frauen.
4
5 Noch ist dies nicht selbstverständlich. Doch wer nach
6 außen glaubwürdig für eine moderne Gleichstellungs-
7 politik einsteht, muss sie auch nach innen leben.
8
9 Der Beschluss Nr. 20 des ordentlichen Bundesparteita-
10 ges in Leipzig titelt mit: „Die SPD weiblicher machen“.
11 In dem Beschluss ist die für die Parteireform dafür
12 notwendige Programmatik formuliert.
13
14 Wenn es darum geht, die SPD weiblicher zu machen,
15 gilt es zum einen den Strukturwandel weiterhin zu
16 ermöglichen. Die andere Seite der Medaille ist, eine
17 Kultur des Miteinanders zu etablieren, die gekennzeich-
18 net ist von Respekt, wechselseitiger Rücksichtnahme,
19 Zu- und Vertrauen, Wertschätzung und Anerkennung
20 von Unterschieden. Weiblichkeit wird damit auch
21 zum Synonym für eine attraktivere, offenere, diskur-
22 sive Partei, die partnerschaftliche Begegnungen fördert.
23
24 Das geschieht jedoch nicht von selbst sondern bedarf
25 „Spielregeln“, die einer sozialdemokratischen Selbst-
26 verpflichtung entsprechen.
27
28 Die ASF fordert dafür eine werteorientierte Selbstver-
29 pflichtung (Compliance-Richtlinie) die als sozialdemo-
30 kratische Marke für mehr Partnerschaftlichkeit in der
31 Parteiarbeit stehen soll.
32
33 Der SPD Landesverband nimmt eine Regelung ins
34 Leitbild auf, die einer werteorientierten Selbstver-
35 pflichtung entspricht. Hierzu ist die Zuarbeit der
36 Unterbezirksvorstände und der Arbeitsgemeinschaf-
37 ten notwendig. In einer Arbeitsgruppe, aus der die
38 Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften Mitglieder
39 entsenden, wird ein Entwurf erarbeitet,
40
41 Dieser wird im Laufe des Jahres in den Parteigremien
42 vor- und zu Diskussion gestellt, zum ordentlichen
43 Landesparteitag im Herbst 2016 verabschiedet.
44
45 Die Achtung einer Einhaltung dieser Regelung betrifft
46 alle Genossinnen und Genossen im SPD-Landesverband
47 Brandenburg. Zur Wahrung dieses gemeinsamen Inter-
48 esses gibt es Ansprechpersonen in der Funktion einer
49 Ombudsfrau oder -mann. Diese Aufgabe kann auch von

1 der UB-Geschäftsführung wahrgenommen werden.
2
3 Um dieser Herausforderung gewachsen zu sein bietet
4 der Landesverband Qualifizierungsmöglichkeiten zur
5 Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Fragestel-
6 lungen an und schafft Angebote die Handlungsorientie-
7 rung geben.

8 **58/1/2015**
9 **Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Brandenburg, Jusos**
10 **Brandenburg, Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwu-**
11 **le Brandenburg**
12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

13
14
15 **SPD als Inklusionspartei etablieren**
16 Die SPD Brandenburg erklärt sich zur Inklusionspartei
17 in Brandenburg und setzt sich mit besonderem Engage-
18 ment für die Inklusion aller Menschen in Brandenburg
19 ein.

20
21 Unter Berücksichtigung des Behindertenpolitischen
22 Maßnahme-Paketes, der bereits gefassten Beschlüs-
23 se und der vorliegenden Berichte, insbesondere der
24 Monitoringstelle, wird die SPD die Aufgabe leisten,
25 die Inklusion in allen Lebensbereichen umzusetzen
26 und damit auch einen Beitrag zur Umsetzung der
27 UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen.
28 Sie begrüßt den am 24. September 2015 gefassten
29 Beschluss des Landtages zur Weiterentwicklung des
30 Maßnahme-Paketes.

31
32 Die SPD sieht die Inklusion als eine gesamtgesellschaft-
33 liche Aufgabe, die nur in allgemeiner gesellschaftlicher
34 Akzeptanz erfüllt werden kann. Sie ist sich bewusst,
35 dass es sich trotz aller Fortschritte um einen langwieri-
36 gen Prozess handelt. Sie hält es deshalb für besonders
37 wichtig, nicht nur besondere Schwerpunkte zu setzen,
38 sondern die Aufgabe in allen Entscheidungen auf
39 landes- und kommunalpolitischer Ebene zu berücksich-
40 tigen.

41
42 Wegen der großen Bedeutung eines entsprechen-
43 den gesellschaftlichen Verständnisses wird die SPD
44 innerhalb und außerhalb der Partei durch Informati-
45 onsmaterial und Veranstaltungen zur Inklusion leisten.

46
47 Sie wird durch ihr eigenes Verhalten beweisen, dass

Überweisung an: Landesvorstand

1 sie Teilhabe und Selbstbestimmung der betroffenen
2 Menschen durch die Mitwirkung ihrer Arbeitsgemein-
3 schaften an der Umsetzung ernst nimmt. Sie wird
4 deshalb einen Arbeitskreis INKLUSION einrichten, in
5 dem alle Arbeitsgemeinschaften fachübergreifend
6 zusammenarbeiten.

7
8 Neben dieser gesellschaftlichen Arbeit ist in der Umset-
9 zung des Behindertenpolitischen Maßnahme-Paketes
10 besonders dringlich eine Reihe von Schwerpunkten
11 umzusetzen.

12
13 Im Handlungsfeld Erziehung und Bildung muss die
14 Inklusions-Pädagogik verpflichtender Bestandteil der
15 Lehrerbildung sein. Die Ergebnisse der Schulmodel-
16 le sind alsbald umzusetzen.

17
18 Im Handlungsfeld Ausbildung und Beruf sind nach
19 dem Schulabschluss von Menschen mit Behinderungen
20 vor allem Ausbildungsplätze am ersten Arbeitsmarkt
21 oder in Integrationsbetrieben zu schaffen, die Auszu-
22 bildenden durch eine sozialpädagogische Begleitung
23 zu unterstützen ihnen das Recht zum Besuch der
24 Berufsschule zu geben.

25
26 Neben den Werkstätten für Menschen mit Behinde-
27 rungen sind weitere Formen der Arbeitsmöglichkeiten
28 im ersten Arbeitsmarkt oder in Mischformen zu fördern.

29
30 Im Handlungsfeld Inklusiver Sozialraum und Wohnen
31 sind insbesondere die Bemühungen um die Ent-
32 wicklung von Wohnformen außerhalb stationärer
33 Einrichtungen fortzusetzen und eine möglichst wirt-
34 schaftliche Betreuung und Pflege zu entwickeln.

35
36 Im Handlungsfeld Barrierefreiheit wird die SPD- geführ-
37 te Landesregierung aufgefordert, in ganz Brandenburg
38 eine vollumfängliche Barrierefreiheit anzustreben und
39 gesetzgeberisch abzusichern. Insbesondere ist zu klä-
40 ren, ob die geplante Änderung der Landesbauordnung
41 diesen Anforderungen genügt.

42
43 Es sind sicherzustellen:

44
45 Der barrierefreie Zugang für mobilitätseingeschränkte
46 Personen zu allen öffentlichen Räumen;

47
48 Der barrierefreie Zugang für Menschen mit einer Seh-
49 behinderung zu öffentlich zugänglichen Internetseiten;

1
2 Die Einführung von Programmen mit Untertiteln beim
3 RBB;
4
5 Im Gesundheitswesen die Kommunikation mit dem
6 medizinischen Personal in Krankenhäusern und Polikli-
7 niken zumindest bei der Aufnahme insbesondere durch
8 Schrift, Blindenschrift oder Gebärdensprache.
9
10 Im ÖPNV sind einheitliche Regeln zur Beförderung
11 von Menschen mit Behinderungen einzuführen.
12 Dabei sollte auf vorliegende positive Erfahrungen
13 zurückgegriffen werden. Ziel ist es, allen Menschen zu
14 ermöglichen, öffentliche Verkehrsmittel selbständig zu
15 nutzen.
16
17 Die SPD-Brandenburg wird die Entwicklung und Einfüh-
18 rung von Teilhabeplänen auf der kommunalen Ebene
19 unterstützen und sicherstellen, dass die Kommunen
20 ihre Verpflichtungen, die sich aus der UN-BRK ergeben,
21 erfüllen.
22
23 Sie strebt im Sinne des Handlungsfeldes Bewusstseins-
24 bildung, Partizipation und Interessenvertretung an,
25 dass in allen Kreisen und Gemeinden Behindertenbe-
26 auftragte bestellt werden.
27
28 Zwischen Land und kommunaler Ebene ist ein regel-
29 mäßiger Gedanken- und Erfahrungsaustausch und ein
30 entsprechendes Fortbildungsangebot sicher zu stellen.

Initiativanträge

31 **Ini01/I/2015**
32 **Landesvorstand**
33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
34
35
36 **Starkes Land mit klaren Regeln. Wie die Integrati-**
37 **on von Flüchtlingen gelingen kann.**
38 Auch im Jahr 2015 herrscht in vielen Ländern der Welt
39 Krieg. Todesangst, Tyrannei und Verfolgung zwingen
40 weitere Hunderttausende von Menschen zur Flucht.
41 Sie legen mit dem Mut der Verzweiflung tausende
42 Kilometer zurück und opfern dafür ihr letztes Hab
43 und Gut. Sie fliehen, in der Hoffnung auf ein Leben in
44 Sicherheit, vielfach nach Europa. Immer häufiger ist

Anahme mit Änderungen

1 Deutschland ihr Ziel.
2
3 Wir in Brandenburg wissen – aus unserer eigenen
4 Geschichte, aus den Berichten unserer Eltern oder
5 Großeltern – wie viel Leid Flucht und Vertreibung
6 bedeutet. Nach dem Zweiten Weltkrieg war jeder
7 vierte Einwohner auf dem Gebiet des heutigen Landes
8 Brandenburg ein heimatlos gewordener „Neubürger“.
9 In den Monaten vor der Friedlichen Revolution von 1989
10 entschieden sich Hunderttausende von Bürgerinnen
11 und Bürger der DDR dafür, ihre Heimat zu verlassen –
12 oft in der festen Erwartung, Verwandte und Freunde
13 niemals mehr wiederzusehen. Flucht und Vertreibung
14 sind für uns keine neuen Themen. Wenngleich die Lage
15 der heute Fliehenden gewiss unvergleichbar ist, können
16 wir ihre emotionale und materielle Not ermessen.
17
18 Heute sind wir in der Lage zu helfen. Deutschland ist
19 ein starkes Land. Auch Brandenburg steht 25 Jahre
20 nach seiner Wiedergründung so gut da wie noch nie
21 in seiner Geschichte. Zusammenhalt und Gemeinsinn,
22 Solidarität und Toleranz gehören zum Grundkonsens
23 unseres Landes. Insbesondere die Wirtschaftskrise
24 und die Massenarbeitslosigkeit haben wir mit einer
25 großen Kraftanstrengung überwunden. Heute ist die
26 Arbeitslosigkeit so niedrig wie noch nie, die Zahl der
27 angebotenen Ausbildungsplätze ist größer als die
28 Zahl junger Menschen, die Ausbildungsplätze sucht.
29 Gleichzeitig erlebt unser Land einen tiefgreifenden
30 demografischen Wandel. Wir werden älter, aber wir
31 werden auch weniger. Schon heute suchen viele Unter-
32 nehmen händeringend Arbeitskräfte. Wir suchen nach
33 neuen Möglichkeiten, wie wir Schulen, Infrastruktur
34 und Verwaltung so gestalten, dass sie auch in Zeiten
35 des demografischen Wandels modern und leistungsfä-
36 hig sind. Der Zuzug von „Neu-Brandenburgern“ kann
37 somit auch eine Chance für unser Land sein. Diese
38 Chance müssen wir mit aller Kraft nutzen.
39
40 Wir können eine große Zahl von Flüchtlingen aufneh-
41 men, ihnen Schutz und die Chance zu einem würdigen
42 Leben bieten. In den vergangenen Wochen und Mo-
43 naten haben sich Deutschland und Brandenburg
44 vorbildlich verhalten. Überall haben die Bürgerinnen
45 und Bürger Flüchtlinge willkommen geheißen und
46 damit Zeichen gesetzt für Weltoffenheit, Toleranz und
47 Hilfe in der Not. Was ehrenamtlichen Helferinnen
48 und Helfer, zivilgesellschaftliche Organisationen wie
49 Sozialverbände, Kirchen, Feuerwehren, Hilfsorganisa-

1 tionen, Sportvereine und auch die Behörden in den
2 vergangenen Wochen und Monaten geleistet haben,
3 war und ist großartig.

4
5 Die vergangenen Wochen und Monate haben aber
6 auch gezeigt: Die Möglichkeiten zur Hilfe in der Not
7 sind selbst für ein starkes Land wie Deutschland be-
8 grenzt. Allein können wir die hohe Zahl an Flüchtlingen
9 nicht bewältigen. Dies wird nur als gemeinsame eu-
10 ropäische Anstrengung gelingen. Wir brauchen zur
11 Bewältigung der aktuellen Situation ganz Europa.
12 Dies schließt insbesondere eine belastbare Verteilung
13 der Flüchtlinge nach festgelegten Quoten innerhalb
14 der EU ein. In einem Europa ohne Grenzen wird die
15 Verteilung nur dann funktionieren, wenn es gelingt,
16 EU-weit geltende Standards bei der Aufnahme von
17 Flüchtlingen durchzusetzen. Ebenso notwendig ist ein
18 gemeinsames EU-Grenzmanagement, das an den EU-
19 Außengrenzen die ordnungsgemäße Registrierung und
20 menschenwürdige Betreuung ankommender Flücht-
21 linge sicherstellt. Europa muss sich zudem gemeinsam
22 für blockübergreifende Initiativen zur Beendigung der
23 kriegerischen Konflikte und mehr internationale Hilfe
24 für die Menschen vor Ort einsetzen. Das Engagement
25 aller EU-Staaten können wir gewinnen, wenn ihre
26 unterschiedlichen Bedürfnisse, Kräfte und Interessen
27 angemessen berücksichtigt werden. Dazu gehört auch
28 in Fragen der Flüchtlingspolitik unsere Bereitschaft zu
29 Kompromissen. Die europäische Rechts- und Werte-
30 gemeinschaft, an der seit 1951 gearbeitet wird, darf in
31 der Krise nicht zerfallen. Sie gehört ins Bewusstsein
32 aller Bürgerinnen und Bürger. Dieses gilt es aber auch
33 durch geeignete Informations- und Bildungsangebote
34 in jeder Generation neu zu begründen. Nur dann wird
35 die EU mit gemeinsamer Kraft den Flüchtlingen helfen,
36 Fluchtursachen bekämpfen und ihrer eigenen Sicher-
37 heit und dem Frieden in der Welt am besten dienen
38 können.

39
40 Auch innerhalb Deutschlands bedarf es angesichts
41 der großen Herausforderungen klarer Entscheidungen
42 und deren zügiger Umsetzung. Die vor uns stehenden
43 Aufgaben können wir lösen, wenn Bund, Länder, Kom-
44 munen und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten.
45 Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass
46 alle Ebenen unserer Gesellschaft gemeinsam die vor
47 uns stehenden Aufgaben entschlossen anpacken. Dazu
48 gehören klare Verfahren, klare Zuständigkeiten, ein
49 der Situation angemessener rechtlicher Rahmen aber

1 insbesondere auch die **dauerhafte Entlastung der**
2 **Länder und Kommunen von den Kosten, inklusive der**
3 **Folgekosten für Integration.** Die Aufnahme von Flücht-
4 lingen darf nicht dazu führen, dass Deutsche einerseits
5 und Flüchtlinge andererseits in einen Konkurrenzkampf
6 um bezahlbaren Wohnraum, um den Zugang zu Bil-
7 dungseinrichtungen oder zum Arbeitsmarkt gedrängt
8 werden. Den Sorgen und Ängsten vieler Menschen
9 in Deutschland müssen wir begegnen – durch klares
10 Handeln und Aufklärung.

11
12 Nicht hinnehmbar sind die Bestrebungen rechtspo-
13 pulistischer und offen rechtsextremistischer Kräfte in
14 Deutschland und Brandenburg, in der Bevölkerung mit
15 Hilfe erfundener Horrormeldungen systematisch Angst
16 vor Flüchtlingen zu schüren. Allen Versuchen erklärter
17 Feinde unseres demokratischen Verfassungsstaates,
18 die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Flüchtlingskrise
19 systematisch zu verschärfen und zu instrumentalisie-
20 ren, um das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat
21 in Deutschland zu untergraben, muss der entschiedene
22 Widerstand von Staat und demokratischer Zivilgesell-
23 schaft entgegengesetzt werden.

24
25 Den wiederholten Ankündigungen zur **Beschleunigung**
26 **der Asylverfahren** durch das zuständige Bundesin-
27 nenministerium müssen nun auch Taten folgen. Klar
28 ist dabei auch: Menschen, die kein Recht auf Asyl
29 in Deutschland haben, müssen unverzüglich in ihre
30 Heimat zurückkehren. So sieht es unser Asylrecht vor.
31 Dies ist auch notwendig, damit ausreichende Kräfte
32 mobilisiert werden können, um den wirklich Schutzbe-
33 dürftigen umfassend zu helfen und ihre Integration in
34 Deutschland zu ermöglichen. Eine gelingende Integra-
35 tion ist Grundvoraussetzung, um Perspektivlosigkeit
36 und Unzufriedenheit, Benachteiligung und Gewalt
37 vorzubeugen.

38
39 Die Integration von so vielen Menschen aus unter-
40 schiedlichen Kulturen dürfen wir nicht dem Zufall
41 überlassen. Integration wird nur gelingen, wenn
42 beide Seiten ihre Rechte und Pflichten kennen und
43 sie befolgen. Der Bund muss dafür die strukturellen
44 und finanziellen Voraussetzungen schaffen, damit die
45 Eingliederung der zu Recht nach Deutschland gekom-
46 menen Menschen gelingt.

47
48 Für den Staat bedeutet dies an Pflichten:

49

- 1 • **Schaffung von Kapazitäten für Unterricht der**
2 **deutschen Sprache.** Sie ist der Schlüssel für eine
3 gelingende Integration.
4
- 5 • **Schaffung von Kapazitäten für Unterricht in Staats-**
6 **und Gesellschaftslehre.** Das ist notwendig, damit
7 sich alle Flüchtlinge schnell mit den in Deutschland
8 geltenden Vorschriften und Werten zurechtfinden.
9
- 10 • **Schaffung von Zentralen Antrags- und Beratungs-**
11 **stellen.** Für die Flüchtlinge wird pro Landkreis
12 je eine Zentrale Antrags- und Beratungsstellen
13 eingerichtet, in denen alle relevanten Behörden,
14 Beratungsstellen, Job Center usw. zusammenge-
15 fasst sind. Diese Einrichtungen unterstützen die
16 Flüchtlinge bei allen Formalitäten, bei Anträgen,
17 Genehmigungen usw.
18
- 19 • **Schaffung von neuen, bezahlbaren Wohnungen.**
20 Baurechtliche Standards müssen ggf. zeitlich
21 befristet herabgesetzt werden. Neue Wohnungen
22 dürfen keine sozialen Brennpunkte in bereits heute
23 stark benachteiligten Wohnstandorten entstehen
24 lassen.
25
- 26 • **Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen** für ju-
27 gendliche Flüchtlinge. Das hilft zugleich den jungen
28 Flüchtlingen sowie unserer Wirtschaft im Kampf
29 gegen den zunehmenden Fachkräftemangel.
30
- 31 • **Schaffung von arbeitsmarktpolitischen Unter-**
32 **stützungsmaßnahmen** durch die Bundesanstalt
33 für Arbeit. Die Flüchtlinge müssen eine Chance
34 haben, sich und ihre Familie durch Arbeit selbst
35 zu ernähren, Handwerk und Industrie brauchen
36 Unterstützung bei der Integration der Zuwanderer
37 in den Arbeitsmarkt.
38
- 39 • **Stärkung der ehrenamtlichen Helfer und gemein-**
40 **wohlorientierten Träger.**
- 41
- 42 Für die nach Deutschland kommenden und in
43 Deutschland lebenden Menschen bedeutet dies an
44 Pflichten:
45
- 46 • **Die Anerkennung unserer Werte.** Dazu gehören
47 insbesondere die Gleichberechtigung von Mann
48 und Frau sowie die Toleranz gegenüber anderen
49 Religionen, Lebensformen oder sexuellen Orien-

1 tierungen. Wer in Deutschland leben will, muss
2 akzeptieren, dass diese Werte für uns unumstöß-
3 lich sind.

4

5 • **Die Anerkennung der Gesetze.** Grundlage un-
6 serer verfassungsrechtlichen Ordnung ist das
7 Grundgesetz. Es bietet unterschiedlichen Kulturen
8 und Lebensweisen viel Raum zur persönlichen
9 Lebensgestaltung. Wer bei uns leben will, muss es
10 akzeptieren, ebenso wie die sonstigen Gesetze und
11 Vorschriften im Land.

12

13 • **Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmono-**
14 **pols.** Deutschland ist und bleibt ein Rechtsstaat.
15 Wer andere Menschen gewaltsam angreift,
16 wird bestraft und kann sein Aufenthaltsrecht in
17 Deutschland verlieren.

18

19 • **Das Erlernen der deutschen Sprache.** Nur wer unse-
20 re Sprache beherrscht, wird sich bei uns integrieren
21 können.

22

23 • **Schulpflicht.** Alle Kinder in Deutschland unterliegen
24 der Schulpflicht und nehmen am Regelunterricht
25 teil. Ausnahmen kann es nicht geben.

26

27 Zur Wahrheit gehört, dass Integrationsangebote nicht
28 immer und nicht überall gleich gut angenommen
29 werden. Integration, die nur auf Freiwilligkeit beruht,
30 kann und wird nicht funktionieren. Deshalb sollen auch
31 **Sanktionsmaßnahmen** für diejenigen Fälle vorgesehen
32 werden, in denen verpflichtende Aufgaben mehrfach
33 oder vorsätzlich missachtet werden.

34

35 Als Land müssen wir noch mehr tun, um die Integration
36 der bei uns lebenden Flüchtlinge zu verbessern. Der
37 Landesparteitag fordert die Landesregierung und
38 SPD-Landtagsfraktion daher dazu auf, zusätzlich
39 zu den bereits ergriffenen Maßnahmen einen
40 „Brandenburger Aktionsplan Integration“ ins Leben zu
41 rufen, der folgende Punkte beinhalten soll:

42

43

44 **Bildung von Anfang an!**

45

46 **Mehr als ein Drittel der Asylsuchenden ist unter 18**
47 **Jahre alt. Damit ihre Integration gelingt, müssen wir**
48 **bildungspolitischen Maßnahmen besonderes Gewicht**
49 **verleihen. Vordringlichstes Ziel ist dabei das schnelle**

1 Erlernen der deutschen Sprache. Damit dies gelingt,
2 sollen die Länder vom Bund diejenigen Mittel erhalten,
3 die bisher für das Betreuungsgeld ausgegeben wurden.
4 In Brandenburg werden wir insbesondere folgende
5 bildungspolitischen Maßnahmen anpacken:

6

7 in unseren Kitas:

8

9 • *Ausweitung von Eltern-Kind-Gruppen:* Schon heute
10 ist Brandenburg Vorreiter bei der Etablierung
11 von Eltern-Kind-Gruppen. Sie sind in erster Linie
12 Bildungs- und Betreuungsangebote für Eltern
13 und ihre Kinder. Dieses Instrument, das Raum für
14 soziale Kontakte schafft, den Eltern einen Zugang
15 zu anderen Angeboten eröffnet und von einer
16 pädagogischen Fachkraft angeleitet wird, gilt es
17 für die Kinder aus dem Kreis der Asylsuchenden zu
18 erweitern. So beschränken sich die Bemühungen
19 um gelingende Integration nicht allein auf die
20 Kleinkinder selbst, sondern beziehen deren Eltern
21 bereits mit ein. Zusätzliche Ressourcen werden
22 dafür im Bereich der pädagogischen Fachkräfte
23 benötigt.

24

25 • *Spracherwerb breit ausbauen:* Vorlese-Rituale sind
26 nach einhelliger Meinung von Experten essenziell
27 für den Spracherwerb, für das Begreifen der Welt
28 und für die emotionale Entwicklung. Flüchtlings-
29 kinder sollen schnell die deutsche Sprache lernen,
30 damit sie sich zurechtfinden und in Kindergarten
31 und Schule mitkommen. Ehrenamtliche Vorlese-
32 paten sind deshalb wichtige „Integrationslotsen“
33 und sollen speziell gefördert werden. Zusätzli-
34 che pädagogische Angebote für alle Kinder, die
35 sprachlicher Förderung bedürfen, machen wir
36 zu einem Schwerpunkt in den nächsten Jahren.
37 Dafür werden zusätzliche Mittel den Kitas für
38 zeitgemäße kindgerechte Sprachförderung zur
39 Verfügung gestellt, um familiäre und ehrenamtli-
40 che Maßnahmen zu ergänzen.

41

42 • *Netzwerke Gesunde Kinder:* Die Brandenburger
43 Netzwerke für Gesunde Kinder können auf eine
44 fast zehnjährige Erfolgsgeschichte zurückblicken.
45 Sie bieten umfassende Angebote zur Beglei-
46 tung und Unterstützung von Familien für eine
47 förderliche seelische, körperliche und geistige
48 Entwicklung ihrer Kinder. Das Angebot beginnt in
49 der Schwangerschaft und gilt für die ersten drei

1 Lebensjahre des Kindes. Es wird ressortübergrei-
 2 fend mit Kooperationspartnern gearbeitet, die
 3 vorhandene präventive und familienunterstüt-
 4 zende Angebote bündeln und nach Bedarf weiter
 5 entwickeln. Die regionalen Netzwerke arbeiten
 6 derzeit an 31 Standorten in Brandenburg. Über
 7 1.200 ehrenamtliche Patinnen und Paten beglei-
 8 ten 4.000 Familien. Mit ihrer flächendeckenden
 9 Präsenz im Land können die Netzwerke auch
 10 bei der Bewältigung der anstehenden Integra-
 11 tionsaufgaben herausragende Beiträge leisten.
 12 Dabei müssen die bereits gemachten Erfahrungen
 13 mit der Rekrutierung, Qualifizierung und Koor-
 14 dinierung ehrenamtlicher Patinnen und Paten
 15 genutzt werden. Viele Brandenburgerinnen und
 16 Brandenburger möchten ihr Engagement nicht
 17 ausschließlich auf Kleiderspenden reduzieren,
 18 sondern suchen nach Möglichkeiten aktiver Un-
 19 terstützung. Mit einer Patenschaft können sie die
 20 Integration von Flüchtlingen begleiten. So können
 21 die entstandenen Strukturen der Netzwerke für die
 22 Begleitung von asylsuchenden Familien und ihren
 23 Kindern genutzt werden. Um ihre wichtigen neuen
 24 Aufgaben umfassend wahrzunehmen, müssen die
 25 Netzwerke im hauptamtlichen Bereich personell
 26 deutlich verstärkt werden.

27
 28 • *Sprachförderkräfte einstellen:* Der Kindergarten ist
 29 der wichtigste Kontext für den deutschen Sprach-
 30 erwerb. Kleine Kinder lernen eine Zweitsprache
 31 in der gleichen Mühelosigkeit wie die erste, die
 32 Muttersprache. Durch den Einsatz von bilingualen
 33 Fachkräften in den Kindertagesstätten ist das
 34 Erlernen der deutschen Sprache für die Kinder am
 35 effektivsten realisierbar. Die so genannten Sprach-
 36 förderkräfte sprechen und spielen mit den Kindern
 37 ausschließlich in der deutschen Sprache, sind aber
 38 bei allen Fragen auch Ansprechpartner in der Mut-
 39 tersprache. Zugleich kann mit diesem Projekt ein
 40 arbeitsmarktintegrativer Ansatz verfolgt werden.
 41 Flüchtlinge, die eine pädagogische Ausbildung in
 42 ihren Herkunftsländern absolviert haben, können
 43 durch eine Qualifizierungsmaßnahme in Branden-
 44 burg auf ihre Tätigkeit als Sprachförderkraft in
 45 Kindertagesstätten vorbereitet werden.“

46
 47 in unseren Schulen:

48
 49 • *Mehr psychologische Unterstützung:* Häufig sorgen

1 sich die Lehrkräfte nicht nur um die fehlenden
2 Deutschkenntnisse ihrer Schützlinge. Traumati-
3 schen Erfahrungen vieler Kinder bringen selbst
4 erfahrene Pädagogen an die Grenzen ihrer Mög-
5 lichkeiten. Deshalb müssen sie dringend durch
6 Teams von Psychologen und Schulsozialarbeitern
7 entlastet werden. Diese Maßnahme erfordert eine
8 deutliche Aufstockung der genannten Profession-
9 en an den brandenburgischen Schulen.

10

11 • *Qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer-Schlüssel für*
12 *eine erfolgreiche Integration:* Wir werden deutlich
13 mehr Lehrkräfte an unseren Schulen brauchen um
14 den steigenden Bedarf zu decken. Deshalb müssen
15 wir unsere Qualifizierungsangebote für „Deutsch
16 als Fremdsprache (DaF)“ erweitern, Lehrkräfte
17 mit Migrationshintergrund gewinnen und neue
18 Wege für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger
19 mit berufsbegleitender Qualifikation beschreiten.
20 Unsere Lehrkräfte dürfen wir mit den neuen
21 Herausforderungen nicht alleine lassen sondern
22 müssen ihnen, wo gewünscht, Fortbildungsmaß-
23 nahmen anbieten.

24

25 • *Frühe berufliche Bildung:* Frühe Berufsorientierung
26 und die umsichtige Begleitung von Schülerinnen
27 und Schülern auf dem Weg zu einem Ausbildungs-
28 platz sind entscheidend für einen erfolgreichen
29 Einstieg in die Ausbildung. Viele junge Flüchtlinge
30 erreichen Brandenburg in einem Alter von 18, 19
31 oder 20 Jahren. Wenn sie die reale Chance auf eine
32 Ausbildung erhalten sollen, muss die Berufsschul-
33 pflicht bis zum 21. Lebensjahr verlängert werden.
34 Andernfalls fällt die genannte Alterskohorte aus
35 dem System der „Beruflichen Bildung“ heraus. In-
36 nerhalb der geänderten Berufsschulpflicht ist dann
37 ein zweijähriger Bildungsgang zu entwickeln, der
38 neben der Vermittlung von Deutschkenntnissen
39 den Fächerkanon um Mathematik, Landeskunde
40 und Sport erweitert. Im zweiten Jahr des Bil-
41 dungsganges soll dann entschieden werden, ob
42 ein Schulabschluss nachgeholt werden kann oder
43 sich eine Berufsvorbereitung anschließt. Eine
44 Kooperationsvereinbarung mit den Kammern über
45 Praktika ist dringend erforderlich, die Flüchtlinge
46 sollen bezüglich anfallender Kosten von Fahrten
47 und Schulmaterialien in dem Maße unterstützt
48 werden, wie dies auch bei einheimischen Schüle-
49 rinnen und Schülern möglich ist. Ebenso ist eine

1 Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit (BA)
2 bezüglich möglicher Vorschaltmaßnahmen auf
3 dem Weg zu einer Ausbildung unbedingt anzustre-
4 ben. Die Lehrkräfte der Oberstufenzentren sind
5 dringend zu qualifizieren und zu unterstützen.

6

7 an unseren Hochschulen:

8

9 Die Brandenburger Hochschulen haben mit einer Viel-
10 zahl von Initiativen auch von studentischer Seite auf
11 die ankommenden Flüchtlinge reagiert und in schnel-
12 ler Zeit ein beeindruckendes und unbürokratisches
13 Angebot für Gasthörer und „Free Movers“ entwickelt,
14 mit Sprachkursen, Vorlesungen und Beratung. Der
15 Weg qualifizierter Flüchtlinge an unsere Hochschulen
16 soll durch sprachliche und fachliche Qualifikations-
17 angebote erleichtert werden. Bei dem Ausbau ihrer
18 Studienangebote für Flüchtlinge sollen die Hochschu-
19 len umfangreich unterstützt werden.

20

21 • *Studium ermöglichen:* Ein wichtiger Beitrag zur
22 Integration von Flüchtlingen ist es, ihre Studier-
23 fähigkeit zu erkennen und sie auf ein Studium
24 in Deutschland vorzubereiten. Studierwillige und
25 studierfähige Flüchtlinge müssen früh identifiziert
26 und angesprochen werden. Das Anerkennungsver-
27 fahren von Schul- und Hochschulabschlüssen sowie
28 die Entwicklung vom geeigneten Zulassungstest
29 sind zu unterstützen. Intensivsprachkurse an
30 den Hochschulen sollen Flüchtlingen ermögli-
31 chen, die nach dem Gemeinsamen Europäischen
32 Referenzrahmen für Sprachen (GER) geltenden
33 Deutschkenntnisse zu erwerben sowie fachsprach-
34 lich auf ein Studium vorbereitet zu werden.

35

36 • *Finanzielle Absicherung von Studium und Leben:*
37 Die finanzielle Absicherung der Flüchtlinge, die
38 zügig ein Studium beginnen können, muss durch
39 eine angemessene Überbrückungsfinanzierung
40 gewährleistet werden bis der Anspruch auf Bafög
41 besteht. Dazu gehört die Deckung von Immatri-
42 kulationskosten, Prüfungsgebühren, Transport
43 (Semesterticket) und Lebenshaltungskosten.

44

45 Kulturelle Integration:

46

47 In kulturellen Prozessen können Annäherung, Aus-
48 tausch und gegenseitige Bereicherung stattfinden,
49 Werte, Kulturtechniken und Traditionen vermittelt

1 werden. Den Flüchtlingen soll daher überall in Bran-
2 denburg die Chance zur kulturellen Teilhabe und zum
3 eigenen kulturellen und künstlerischen Ausdruck
4 gegeben werden.

5
6 Institutionen, Szenen und Projekte aus Hoch- und So-
7 zio- und Kultur sollen deswegen dabei unterstützt werden,
8 Programme und kurzfristige Projekte zu entwickeln,
9 die Kommunikationsräume schaffen, künstlerische Po-
10 tenziale aufgreifen, Zusammenarbeit ermöglichen und
11 Ausgrenzung verhindern. Vor allem gilt es Aktivitäten
12 auszubauen, bei denen deutsche und ausländische Teil-
13 nehmende sich begegnen und zusammen kreativ sind
14 oder gemeinsam Kulturveranstaltungen besuchen.
15 Insbesondere soziokulturelle Projekte können auch
16 konfliktreiche Themen aufgreifen und moderieren und
17 damit zu Toleranz und produktiver Auseinanderset-
18 zung beitragen.

19

20 Sport als Türöffner für Integration

21

22 Die brandenburgischen Sportvereine sind bereits seit
23 Jahrzehnten ein wichtiger Teil der Willkommenskul-
24 tur unseres toleranten und weltoffenen Landes. Die
25 Integrationskraft des Sportes ist sehr hoch. Sport
26 sorgt für Ausgleich und durch ihn ergeben sich neue
27 Möglichkeiten und Gemeinsamkeiten, so auch das
28 spielerische Erlernen der deutschen Sprache. Der
29 Landessportbund (LSB) ist deshalb auch künftig stark,
30 z.B. durch Projektmittel für interkulturelle Projekte,
31 zu unterstützen. Ferner darf weder die Gemeinnüt-
32 zigkeit des Vereins noch der Versicherungsschutz für
33 Flüchtlinge angetastet werden wenn Sportvereine mit
34 Flüchtlingen arbeiten.

35

36 Arbeitsangebote schaffen, Wirtschaftsstandort stärken

37

38 Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung für ein men-
39 schenwürdiges und selbstbestimmtes Leben. Flüchtlin-
40 ge, die Arbeit finden, integrieren sich leichter in unsere
41 Gesellschaft. Zugleich ist die Integration von Flüchtlin-
42 gen in den Arbeitsmarkt eine große Herausforderung,
43 der sich Bund, Länder, Kommunen, Kammern, Verbän-
44 de und Unternehmern gleichermaßen und gemeinsam
45 stellen müssen.

46

47 In der erfolgreichen Integration liegt auch eine Chance
48 für den Wirtschaftsstandort Brandenburg. Flüchtlin-
49 gen müssen wir daher mehr und schnellere Wege in

1 den Arbeitsmarkt eröffnen. Dafür brauchen wir ein
2 Programm:

3

4 „Start in den Brandenburger Arbeitsmarkt – Perspekti-
5 ven für die Beschäftigung von Flüchtlingen schaffen“:

6

7 Das Programm soll alle Möglichkeiten der Arbeits-
8 marktintegration, die die gesetzlichen Rahmenbedin-
9 gungen bieten, nutzen und kann nur gemeinsam mit
10 der Bundesagentur für Arbeit entwickelt und umge-
11 setzt werden. Seitens der Agenturen für Arbeit sollen
12 alle Möglichkeiten der Integration von Flüchtlingen,
13 die die Sozialgesetzgebung bietet, umfassend und mit
14 klarer finanzieller Prioritätensetzung genutzt werden.
15 Es muss klar sein, dass ein zusätzliches Programm
16 nicht die bisherigen Leistungen für Langzeitarbeitslose
17 schmälern oder ersetzen darf, sondern ein zusätzliches
18 Angebot für Flüchtlinge darstellt, das unter anderem
19 Spracherwerb und Alltagswissen fördern soll. Ein
20 Ausspielen von Langzeitarbeitslosen gegen Flüchtlinge
21 darf es nicht geben.

22

23 Grundidee des Programms ist die Heranführung aller
24 Flüchtlinge mit realer Bleibeperspektive an den Ar-
25beitsmarkt durch einen stufenweisen und lückenlosen
26 Ansatz („Integrationsketten“). Entsprechende Arbeits-
27angebote sollen die Heranführung an Beschäftigung
28 unterstützen.

29

30 Zentraler Ausgangspunkt bleibt die Aneignung der
31 deutschen Sprache. Für die zielgerichtete Sprach-
32 förderung erwachsener Flüchtlinge muss der Bund
33 zusätzliche Mittel bereitstellen. Daran schließend soll
34 zeitnah die Feststellung der vorhandenen Kenntnisse
35 und Fertigkeiten erfolgen. Nicht jeder oder jede die in
36 ihrem Heimatland als Schweißer oder Schweißerin, als
37 Tischler oder Tischlerin, Buchhalter oder Buchhalterin
38 gearbeitet hat, verfügt über die in Deutschland für
39 diesen Beruf geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten.
40 Deshalb gilt es, frühzeitig die vorhandenen Kom-
41 petenzen zu ermitteln. Dies soll mit Angeboten für
42 Arbeitsgelegenheiten, mit betrieblichen Praktika und
43 soweit in dieser frühen Phase möglich, mit Qualifizie-
44 rungsangeboten verknüpft werden. Nach Möglichkeit
45 sollte dieser Prozess durch feste Ansprechpartnerinnen
46 oder Ansprechpartner sozialpädagogisch begleitet
47 werden.

48

49 • Spezielle Arbeitsvermittler für Flüchtlinge: In jeder

- 1 brandenburgischen Agentur für Arbeit stehen spe-
2 zielle Arbeitsvermittler für Flüchtlinge zur Verfü-
3 gung. Sie führen Informationsveranstaltungen und
4 Sprachkurse in den Gemeinschaftsunterkünften
5 durch. Sie bieten individuelle Beratungsgespräche
6 an und vermitteln in Arbeit und Ausbildung.
7
- 8 • Arbeitgeber-Service: Für Arbeitgeber ist der
9 Arbeitgeber-Service der erste Ansprechpartner.
10 Hier arbeiten eigens geschulte Spezialisten, die
11 Fragen zum Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge
12 oder bezüglich der Arbeitsgenehmigung zügig
13 beantworten.
14
 - 15 • Berufsorientierung und -beratung: Jugendliche
16 Flüchtlinge erhalten in ihrer Schule und in den
17 Agenturen für Arbeit Orientierungs- und Bera-
18 tungsangebote.
19
 - 20 • Jobbörse der Bundesagentur für Arbeit: Wie alle
21 Arbeitssuchenden finden hier auch Flüchtlinge
22 geprüfte Stellen- und Ausbildungsangebote, die
23 dem jeweiligen (Tarif- oder Mindestlohn entspre-
24 chen und den gesetzlichen Anforderungen an
25 den Arbeitsplatz genügen. Arbeitgeber können
26 ihre Arbeitsstellen direkt über die Jobbörse den
27 Agenturen für Arbeit melden und veröffentlichen.
28
 - 29 • Berufliche Förderung: Sowohl Arbeitgeber als
30 auch Arbeitssuchende können verschiedene För-
31 derleistungen der Bundesagentur in Anspruch
32 nehmen. Dazu zählen zum Beispiel die finanzielle
33 Unterstützung für Arbeitgeber bei Einstellung von
34 Asylsuchenden als Praktikanten, Unterstützung bei
35 der praktischen Arbeitserprobung der Flüchtlinge,
36 Vermittlung berufsbezogener Sprachkompeten-
37 zen, Kostenübernahme z.B. für die Anerkennung
38 von beruflichen Nachweisen und Bewerbungsun-
39 terlagen.
40
- 41 Flüchtlingen, die bislang keinen Schul- oder Berufs-
42 abschluss erworben haben, soll der nachträgliche
43 Erwerb ermöglicht werden. Wie bereits beschrieben,
44 sollen dazu die Maßnahmen zur Berufsorientierung,
45 Berufsvorbereitung und beim Übergang von der Schule
46 in den Beruf ausgebaut werden. Wir erwarten, dass
47 Kammern, Bildungseinrichtungen von Wirtschaft und
48 Gewerkschaften sowie Unternehmen diese Bemü-
49 hungen insbesondere mit vorbereitenden Kursen, mit

1 dem Angebot von Einblicken in den Unternehmens-
2 alltag durch Unternehmensbesuche und Praxistage
3 unterstützen. Die Anerkennung ausländischer Berufs-
4 abschlüsse soll weiter vereinfacht werden.

5

6 Soziales Wohnungsbauprogramm für Brandenburg

7

8 Der Druck bei der Schaffung und Bereitstellung
9 von angemessenem Wohnraum für Flüchtlinge und
10 Asylbewerber hat die angespannte Wohnungsmarktsi-
11 tuation insbesondere in den Berlin nahen Gemeinden
12 verschärft. Aber auch in den ländlichen Bereichen
13 Brandenburgs sind die Möglichkeiten zur Aufnahme-
14 und Unterbringung in den Kommunen nur noch be-
15 grenzt vorhanden. Diese Entwicklung erfordert eine
16 Neubewertung der Ausrichtung von Wohnungsbaupro-
17 grammen und die finanzielle Unterstützung der
18 Landkreise und Kommunen bei dieser Aufgabe.

19

20 Die Landesregierung wird daher aufgefordert, kurz-
21 fristig Programme zur Förderung des sozialen und
22 bezahlbaren Wohnungsbaus bereitzustellen und sich
23 für eine Verstetigung der Mittel beim Bund einzuset-
24 zen. Bestehende Förderprogramme sollen optimiert
25 werden. Im Berlin fernen Raum sollen die Abrissmittel
26 in den Stadtumbaustädten für eine kurzfristige wieder
27 Bewohnbarmachung leerstehender Wohngebäude
28 in den Konsolidierungsgebieten des Stadtumbaus
29 eingesetzt werden.

30

31 Bei der Umsetzung sind alle Akteure vor Ort, auch die
32 Wohnungswirtschaft, aufgefordert, sich der Heraus-
33 forderung zu stellen und konkrete Maßnahmen zu
34 unterstützen. Wir fordern die SPD-Kommunalvertreter
35 daher auf, sich dafür zu engagieren, dass kommunale
36 Wohnungsbaugesellschaften wieder verstärkt Sozial-
37 bauwohnungen errichten, um den Wohnungsmarkt für
38 alle zu entlasten. Die Landesregierung soll prüfen, ob
39 landeseigene Grundstücke zur Schaffung von Wohn-
40 raum zur Verfügung gestellt werden können.

41

42 Brandenburg bleibt ein sicheres Land

43

44 Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gehört für
45 uns zum Kernelement eines starken Staates. Bran-
46 denburg verfügt über gut ausgebildete und hoch
47 motivierte Polizistinnen und Polizisten. Uns ist be-
48 wusst, dass das Sicherheitsbedürfnis unserer älter
49 werdenden Bevölkerung in Brandenburg größer wird.

1 Damit verbunden wachsen auch die Anforderungen an
2 unsere Polizei. Umso mehr wird die SPD in Brandenburg
3 dafür Sorge tragen, dass der Personalbestand und die
4 Ausstattung unserer Polizei diesen Anforderungen
5 gerecht werden.

6
7 Die Erhöhung der Ausbildung von Polizeinachwuchs
8 ist dabei eine wesentliche Voraussetzung. Um die
9 Attraktivität der Brandenburger Polizeiausbildung zu
10 erhöhen, soll ein Internat der Polizei in Oranienburg
11 geschaffen werden.

12
13 Zu den neuen zusätzlichen Anforderungen an die
14 Polizei gehört auch die verstärkte Begleitung von
15 Personen, die keinen Asylanspruch haben, zum Flug-
16 hafen. Die Landesregierung wird durch den Parteitag
17 aufgefordert, die Absicherung dieser Begleitung sicher-
18 zustellen. Die Landesregierung wird aufgefordert, alles
19 Notwendige zu tun, um die Landkreise und kreisfreien
20 Städte bei Abschiebungen zu unterstützen.

21
22 Wir werden 10.000 Plätze in der Erstaufnahmeeinrich-
23 tung des Landes schaffen. Ziel ist es, dass Menschen
24 ohne Bleibeperspektive bis zum Ende ihres Asylver-
25 fahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung bleiben.
26 Das entlastet die Kommunen, die sich damit auf dieje-
27 nigen konzentrieren können, die länger bei uns bleiben.

28
29 Wir fordern die schnelle Einführung einer Gesund-
30 heitskarte für Flüchtlinge in Brandenburg. Damit
31 wird Bürokratie abgebaut. In Zukunft sollen nicht
32 Mitarbeitende der Verwaltung sondern ein Arzt über
33 medizinische Hilfe entscheiden.

34
35 Ohne das große ehrenamtliche Engagement wäre die
36 Bewältigung der Flüchtlingsströme in Deutschland
37 und auch in Brandenburg nicht denkbar. Deshalb
38 fordern wir, dass die Mittel für die Unterstützung der
39 Willkommensinitiativen erhöht und verstetigt werden.

40
41 Die spezifischen Bedarfe besonders Schutzbedürftiger
42 Personengruppen finden Berücksichtigung in den
43 Konzeptionen und Ausstattungen von Einrichtungen
44 und Unterkünften für geflüchtete Menschen.

45
46 Ziel aller Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene
47 ist für uns der Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir
48 dürfen nicht zulassen, dass Deutsche und Flüchtlinge
49 von Rechtspopulisten gegeneinander ausgespielt

1 werden. Wir können das verhindern, indem wir klare
2 Regeln schaffen und konstruktive, nach vorn weisende
3 Problemlösungen anbieten, die allen Menschen in un-
4 serem Land gemeinsam zugute-kommen. Das schafft
5 viele Chancen – für diejenigen, die zu uns kommen
6 und für die Menschen in Deutschland und Brandenburg.
7
8